

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 255 · 22. JAHRGANG · AUSGABE 4/2016 VOM 5. APRIL 2016 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4/5 | **Einkaufszentren auf der grünen Wiese sind überholt**
Neue Formen der Versorgung

7 | **Minigolf spielen und Tretboot fahren**
Ideen für den Messingwerkhafen

12 | **Kita-Initiative begrüßt den Frühling**
Bald neue Waldorf-Kita in Finow

Voll daneben

Die veröffentlichte Meinung bangt um die Zukunft des Abendlandes. Demnach wären wir von Krisen umzingelt und wieder einmal dem Untergang geweiht. Gegenwärtig bedrängen uns besonders die »Flüchtlingskrise« und die »demographische Krise«.

Krisen sind nach dem Duden ganz allgemein problematische, mit einem Wendepunkt verknüpfte Entscheidungssituationen. Deren Voraussetzungen entwickelten sich oft langsam und unbemerkt, was Handlungen der Betroffenen erschwert. In Krisen beschleunigen sich Entwicklungen und der Ausgang der Entscheidungen bleibt zunächst ungewiß. Mit geringem Aufwand läßt sich in den Krisen oft Großes bewegen. Und nach Entscheidungen ist man erleichtert und geht beruhigt seinem Tagwerk nach. Wer das Ende der DDR erlebt hat, kann sich Krisen des politischen Systems vorstellen.

Von solch einer Situation sind wir weit entfernt. Wann ist mit Entscheidungen in der »Flüchtlingskrise« und der »demographischen Krise« zu rechnen? Weil Entscheidungssituationen auf sich warten lassen, sind das wahrscheinlich gar keine Krisen. Der Begriff Widerspruch beschreibt die gegenwärtige gesellschaftliche Situation wohl treffender. Die Lösung dieser Widersprüche läßt auf sich warten, weil deren Ursachen im dunklen liegen. Sie beeinflussen unser Leben längerfristig und sind miteinander verbunden. Für diese Widersprüche ließen sich gemeinsame Lösungen finden, wenn man entschlossen und energisch handeln würde.

Die »Flüchtlinge« haben ihre Flucht erfolgreich gemeistert und bitten um Aufnahme. Ob sie bleiben können oder zurück müssen, entscheidet sich in bürokratischen Verfahren. Jetzt sind sie jedenfalls keine »Flüchtlinge« mehr, sondern zukünftige Mitbürger oder unfreiwillige Heimkehrer, die Hilfe in ganz alltäglichen Angelegenheiten brauchen. Eigentlich wollen sie hier seßhaft werden und mit uns leben. Diese Menschen kann man mit Wohnraum, Nahrung, Ausbildung, Arbeit und freundlichem Entgegenkommen unterstützen. Sie wollen lernen und bei uns arbeiten. Sie haben viele Probleme mit sich, dem Klima und mit unserer Lebensweise.

Die »demographische Krise« haben wir selbst verursacht, weil in diesem Land weniger Kinder aufgezogen werden als Menschen sterben und die Menschen älter werden. Zudem werden in Deutschland mehr Waren produziert als verbraucht. In der Produktion und für Dienstleistungen fehlen nun Arbeitskräfte. Nahrung, Wohnraum und Ausbildungsplätze hingegen stehen reichlich zur Verfügung oder lassen sich leicht beschaffen. Leider sind die Wünsche und die Ressourcen ungleichmäßig verteilt. Die zukünftigen Mitbürger wollen wegen der Arbeit in die großen Städte im Westen des Landes. Wohnraum gibt es eher im Osten, in den kleinen Städten und auf dem Land. Das Geld ist ebenfalls ungleichmäßig verteilt. Darüber verfügen wenige Reiche, große Gesellschaften und unsere Volksvertreter und Verwalter. Es fehlt bei den Hilfsbedürftigen.

Aus diesen Umständen bieten sich für Eberswalde besondere Chancen und Möglichkeiten. Zum Beispiel könnte man das eher vernachlässigte Brandenburgische Viertel wiederbeleben. Bis vor kurzem hat man dort noch Wohnungen abgerissen und im Einkaufszentrum vergraulen die Händler den vorletzten Kunden. Von dieser Belebung würden dessen Einwohner und die neuen Mitbürger profitieren. Auf den vielen



Das Brandenburgische Viertel mit dem Einkaufszentrum »Heidewald« gehört zu den Bereichen mit tatsächlich vordringlichem Bedarf. (Seite 4/5).

Gewerbegebieten der Stadt könnten sich weitere Betriebe ansiedeln. Da ist noch reichlich Platz und es gibt eine gute Infrastruktur. Es fehlen Handwerker, Altenpfleger und gute Verkäufer.

Was machen unsere Volksvertreter und Verwaltungen aus dieser Situation? Neben Frieden, Freude, Eiertrudeln und dem Leiden Christi hört und sieht man von ganz merkwürdigen Projekten. Die Mehrheit der Eberswalder Stadtverordneten genehmigte aus dem Stand ohne zu zögern 100.000 € für eine Studie, um ein zweifelhaftes touristisches Projekt auf die lange Bank zu schieben. Ganz eilig wird die neue Fahrbahn in der Ebertstraße erneuert. Die Bundesrepublik Deutschland will im dritten Anlauf für über vierzig Millionen eine neue Straße um Eberswalde herum bauen. Unsere Kommunalpolitiker reden vom »Schulter-schluß der Kommunen« und »vordringlichem Bedarf«, um für dieses zweifelhafte Projekt zu betteln. In Eberswalde wird das elffundzwanzigste Einkaufszentrum gebaut. Darüber hinaus streitet man sich mit der Gemeinde Schorfheide um den Bau des zwölfundzwanzigsten Einkaufszentrums. Mit großem Aufwand gewann man in der Stadt-Umland-Kooperation und kann nun mit dem Geld der Europäischen Gemeinschaft die Umwelt verschönern, Radwege bauen und sich auf die Schulter klopfen.

Hier paßt nichts zusammen. Mit falschen Worten beschreibt man schwierigste Sachverhalte. Widersprüche werden nicht erkannt und Ressourcen großzügig verschwendet. Das geht voll daneben. Unsere Volksvertreter und Verwaltungen haben die Probleme der Zeit nicht erfaßt. Sie reden über die Gefahren und handeln so, als ob nichts passiert wäre. Statt beherzt und entschlossen mit den vorhandenen Mitteln die Konflikte zu entschärfen, bedienen sie wie bisher die Interessen wichtiger Gruppen und setzen überflüssige Bauwerke in den Sand.

Da muß sich unbedingt etwas ändern. Wir können nicht weiterhin Ressourcen verschwenden und Widersprüche ignorieren. Das dauert einfach zu lange, bis unsere Volksvertreter und Verwaltungen wichtige Probleme erfassen.

Dr. MANFRED PFAFF

Wir sind Bond

Mit Pomp und dem Premierenauftrieb der üblichen »Promis« feierten einige hiesige Lichtspieltheater vor einiger Zeit den neuen Bond-Film. Das Großereignis verdrängte kurzzeitig sogar die anderen Nachrichten des Tages. In der Tagesschau, in Heute und natürlich in den Meldungen der Privatsender dominierten Zusammenschnitte der heftigsten Szenen des Killerkitschmachwerks, und ein paar Mimen der hinteren Ränge bekamen Gelegenheit, sich vor der Kamera der Szene-Reporter zu äußern. Wie immer in reduziertem Deutsch: »Echt cool, geile Äktschens, super Typen, echt hervorragend und hervorragend echt« usw.

Übrigens kann man, wenn man nicht ganz und gar unter die Narren geraten ist, den Bond-Filmen einen gewissen Reiz abgewinnen dergestalt, daß man sie als Parodie ihrer selbst auf- und wahrnimmt, was automatisch dazu führt, olle Bondi als Kasper und den ganzen Kram um ihn herum als Zirkus zu verstehen.

Szenenwechsel, jäher Schnitt.

Zu unserem engeren Bekanntenkreis dürfen wir auch Renate S. zählen, die einem Hundezuchtzwinger (vom Buchenhain) als Chefin vorsteht und mit den Welpen der Mutterhündin Carla v. B. für den Erhalt der Rasse Gesamtdeutsch Langhaar und für einen passablen Nebenverdienst sorgt. Renate ist freundlich, sehr gebildet, mit Dieter S. glücklich und neigt ein bißchen zur Hundlichkeit. Ihr einziger, läßlicher Defekt hat mit ihren Hunden zu tun bzw. mit den Hunden ihrer Hunde. Um längere Erläuterungen zu meiden: sie prahlt gern damit, daß – ein Exempel – ein Tier aus dem letzten Wurf vom Schlagfuzzzi sowieso und ein Einzelhund sogar von einem Vizepräsidentenbewerber eines westdeutschen Anglerverbands erworben worden sei. Wofür sie und schon gar nicht der arme Hund was kann. Aber es mußte mal gesagt werden, gell?

Das Muster des Prahlens, mittels quasi fremden Glanzes sich selbst eine Art Aura zu verschaffen, funktioniert auch (oder eben nicht) in anderen Sphären als in denen der Rassehundevermehrung und führt fallweise zu unbeabsichtigter Komik, wie das Beispiel einer kleinen sächsischen Firma zeigt. Flinke Finger einiger geschickter Frauen basteln dort aus Stoff-, Leder- und Pergamentstücken prächtige Kunstblumen und, aufgemerkt! ein paar davon haben es weit gebracht. Nicht nur BILD und Morgenpost, auch das NDR-Magazin »Brisant« meldeten: Sachsen spielt im neuen Bond-Film mit! Frei nach der Devise: Auch wir sind Bond!

Denn eines der Bondgirls trägt in einer Szene einen Hut, und dieser Hut nun war seitlich mit zwei klitzekleinen Veilchen verziert und die – richtig! – waren in Sachsen erblüht. Wie man munkelt, will der Betreiber der Blumenbude darauf bestehen, daß er als indirekt Mitwirkender im Abspann genannt wird...

Dr. STEFFEN PELTSCH

17. Barnimer Kulturpreis

Zum 17. Mal wird der Barnimer Kulturpreis von der Kreistagsfraktion und vom Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen vergeben. Diesen Preis gibt es seit 1999. Finanziert wird er inzwischen durch die Mitglieder des Kreisverbandes sowie den Landtagsabgeordneten Axel Vogel. In den vergangenen Jahren haben wir den Kulturpreis kreisweit an diverse Chöre, Kultur- und Tanzvereine, eine Theatergruppe, das Artistenmuseum, einen Denkmalverein sowie eine Einzelperson übergeben.

Nun ist es in diesem Jahr ein Verein aus Eberswalde im 25. Jahr seines Bestehens. Den Preis für das Jahr 2015 erhält der Kunstverein Die Mühle e.V.

Die Jury hatte auch in diesem Jahr eine schwere Entscheidung zwischen mehreren, zum Teil hochwertigen Bewerbungen zu treffen. Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich auch bei den Nichtprämierten für ihr kulturelles Engagement und ihre Beteiligung am Wettbewerb bedanken.

Bereits seit fast 30 Jahren kümmern sich die »Holzwürmer« um die Zainhammermühle. Im Jahre 1987 zog die damalige Gruppe »Holzgestaltung« des Kulturbundes in das verfallende Gebäude ein. In tausenden ehrenamtlichen Arbeitsstunden retteten sie das historisch be-

deutsame Objekt und entwickelten es zu einem kulturellen Zentrum der Region. 1991 gründeten die inzwischen mehrere Sparten umfassenden Mühlenkünstler den Kunstverein »Die Mühle« e.V. In ihrem Künstler-Domizil wird und wurde gewerkelt, fanden zahlreiche Ausstellungen, Kunstmärkte, Auktionen, Konzerte, Theatervorstellungen und weiteres statt.

2008 erwarb der Verein das Mühlenensemble und sanierte es mit Hilfe von Fördermitteln, Spenden und Eigenleistungen grundlegend. Jetzt können alle Stockwerke des Gebäudes für künstlerisches Arbeiten und für Veranstaltungen genutzt werden. Im Garten gibt es inzwischen sogar einen großen Lehmbackofen und eine Kleinkläranlage sorgt für eine ökologische Abwassentsorgung. Die Voraussetzungen sind also bestens, daß die Mühle auch in den kommenden Jahren ein kulturelles Zentrum sein wird, in dem Jung und Alt, Profis und Laien, Studenten und Akademiker zusammen wirken und viele Besucher den Ort beleben.

Solch ein hartnäckiges und langjähriges Engagement, mit großem Erfolg im vergangenen Jahr gekrönt und gleichzeitig von einem Vereinsjubiläum begleitet, ließ für uns als Jury kaum eine andere Wahl zu.

KARL-DIETRICH LAFFIN, Juryvorsitzender

Beschwerde gegen Parteiausschluß

Eberswalde (bbp). Im Februar hatte die Landesschiedskommission (LSK) der Partei DIE LINKE in Brandenburg drei Mitglieder der Basisgruppe »Georgi Dimitroff« aus dem Brandenburgischen Viertel in Eberswalde aus der Partei ausgeschlossen. Der Barnimer Kreisvorsitzende Sebastian Walter, zugleich stellvertretender Landesvorsitzender der Brandenburger LINKEN, hatte den Parteiausschluß von Carsten Zinn, Mirko Wolfgramm und Gerd Markmann am 5. Mai 2014 beantragt, weil diese mit der Wählergruppe Alternative Liste Eberswalde (ALE) »zur Partei Die Linke konkurrierend« zu den Wahlen angetreten waren (BBP 8/2014).

Gegen den Beschluß der LSK konnten die Betroffenen binnen eines Monats das Rechtsmittel der Beschwerde bei der Bundesschiedskommission (BSK) einlegen (BBP 3/2016). Mirko Wolfgramm und Gerd Markmann haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Sie wenden sich insbesondere gegen den Vorwurf, sie hätten »damit einen schweren Schaden für die Partei verursacht«. Vielmehr habe die Basisgruppe seit den ersten Vorwürfen gegenüber Carsten Zinn im Zusammenhang mit Äußerungen in einem privaten eMail-Forum im Februar 2011, die zu dessen Ausschluß aus der Linksfraktion führten, davor gewarnt, inhaltliche Differenzen durch administrative Maßnahmen zu »klären«, weil dies der Partei schweren Schaden zufügen würde. Dem Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Sachse schrieb der

BO-Vorsitzende damals: »Der politische Schaden für die Fraktion und die Linke in Eberswalde und im Kreis insgesamt, ist nicht absehbar.«

Dieser Einwand blieb unbeachtet, wie auch alle nachfolgenden Versuche der Basisgruppe und vieler anderer Mitglieder der Eberswalder LINKEN, zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Auch die Bildung der Wählergruppe war erst nötig, nachdem alle Versuche, zur Kommunalwahl 2014 auf der Liste der LINKEN zu kandidieren, schon im Ansatz durch unfaire Tricks und vorab verbreitete Lügen, an denen der Kreisvorsitzende Sebastian Walter sogar noch festhielt, als sie längst widerlegt waren, vereitelt wurden (»Abweichter' ohne Chance« – BBP 2/2014 und »Eberswalder LINKE wählte neuen Vorstand« – BBP 12/2014).

Ein Erfolg der Beschwerde erscheint auch aus formalen Gründen als wahrscheinlich. Beispielsweise waren die drei Betroffenen zur LSK-Sitzung, in der über ihren Ausschluß entschieden wurde, nicht eingeladen. Zudem wurden Teile der Begründungen einfach kopiert, teilweise ohne den Namen zu ändern.

Die Beschwerdeführer schlußfolgern daher, daß jede individuelle Abwägung fehlte und die Ergebnisse des Verfahrens schon vorab festgelegt waren. Dafür spreche auch die Beteiligung von Margitta Mächtig an der Beschlußfassung, die sich nach ihren vorangegangenen Äußerungen zur Sache eigentlich für befangen hätte erklären müssen.

Weitere Planung ist gelebte Unvernunft

»Die B 167n und die Havel-Oder-Wasserstraße sind im Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 priorisiert eingestuft worden« So konnten wir es in der MOZ vom 17. März lesen (»Milliarden gegen den Stau«). Was heißt das konkret? Zunächst bedeutet es, daß an beiden Maßnahmen nun weiter geplant werden darf. »Priorisiert« heißt, beide Maßnahmen sind im Entwurf als zweitwichtig vorgesehen. Ob sie bis zur Verabschiedung des Entwurfs da stehen bleiben, das ist noch völlig unklar, denn weder der Kanalausbau noch die Straße sind für die Wirtschaft wirklich wichtig und auch Staus werden damit nicht beseitigt. Die meisten haben von der B 167n, die immer noch und immer wieder falsch als »Umgehung« bezeichnet wird, obwohl sie direkt zum Eberswalder Rathaus führt, nur Nachteile. Die mehr als 400 Einwände und die Entschlossenheit vieler Betroffener, mit Klagen dagegen vorzugehen, sprechen Bände. Das

kann dauern! Danach sind Korrekturen nötig, weil alle Zahlen, die der Planung zugrunde lagen, dann nicht mehr stimmen! Bis zur Planfeststellung ist es also noch ein weiter Weg. Erst danach kann mit dem Bau begonnen werden!

Daß die Planungen nun trotzdem fortgesetzt werden dürfen, ist gelebte Unvernunft. Besser und vor allen Dingen kostensparender wäre es, Überlegungen anzustellen und Planungen zu beginnen, das Finowfurter Fachmarktzentrum und den Flugplatz im Süden von Finowfurt und damit auch die Neubaugebiete in Finow und Eberswalde direkt an die Autobahn A11 anzubinden. Nur das ist bedarfsgerecht und bringt für die Menschen in Finowfurt und Eberswalde eine echte Entlastung. Vor diesem Hintergrund zeugt die Behauptung des Herrn Zierke, der Neubau der B 167n wäre nun gewiß, von einem erheblichen Defizit an Sachverstand.

JOHANNES MADEJA

Masterplan Finowkanal

Finowkanal-Stammtisch: Mittwoch 6. April, 18.30 Uhr, Gaststätte »Alte Brauerei«

Finowkanalpromenade, Wasserturm und Messingwerksiedlung, die alte Badeanstalt – einige Areale verweisen schon heute auf das herausragende touristische Potential der Finowkanalregion. Liegeplätze für Schwimmhäuser, eine Kanalfähre, ein »preußisches Dorf«, Hotels, die Nutzung der Eisengießerei an der Bergerstraße, ein touristisches Leitsystem – manche Baustelle harrt noch ihrer Verwirklichung.

Bei diesem Finowkanal-Stammtisch stellt Uwe Kleber vom Planungsbüro Doerner & Partner eine Studie vor, die im August 2004 für die Stadt Eberswalde erstellt wurde: »Master-

plan Flächenmanagement am Finowkanal unter besonderer Berücksichtigung altindustrieller Brachflächen« heißt die Studie, die wie andere zuvor und danach eine Besinnung auf die »Finowkanalzone als Anker lokaler und regionaler Identität innerhalb der Stadt« fordert und auf die »herausragende Bedeutung, Gegebenheiten und Voraussetzungen« des Finowkanals verweist.

Wie zeitgemäß sind die Inhalte unter dem Aspekt neuer Entwicklungen? Wie müßte sich die Region weiter entwickeln? Wir hoffen auf eine spannende Diskussion!

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT

Bürgerinitiative Neu Buch (BINE):

Rettung des Wohnumfeldes

Panketal (bbp). Im August 2015 haben Einwohner des Wohngebiets Neu Buch in Panketal die Bürgerinitiative Neu Buch (BINE) gegründet (BBP 8 und 9/2015). Jetzt haben sie sich mit einer Petition an die Landesregierung Brandenburg, den Landkreis Barnim, die Gemeinde Panketal und das Büro der anerkannten Naturschutzverbände »gegen die Beeinträchtigungen unseres Wohnumfeldes und gegen den unwirtschaftlichen Ausbau der Gemeindestraßen« gewandt.

In zahlreichen Sitzungen der Gemeindevertretung Panketal, des Ortsentwicklungsausschusses (OEA), in verschiedenen Fraktions-sitzungen, in Einwohner- und Anwohner-versammlungen und zuletzt am 11. März beim Ortsbeirat Schwanebeck hatten die BINE-Leute ihre Anliegen vorgetragen. »Dabei mußten wir feststellen«, schreiben die BINE-Sprecher CAROLIN REINICKE und KARSTEN KETTLITZ, »daß besonders beim Ausbau unserer Wohnwege

mit sehr geringen Verkehrsstärken überzogene und unterschiedliche Ausbaustandards angesetzt werden, unsere Baumalleen bereits gefällt wurden und noch gefällt werden sollen sowie die Freiräume und Biotopverbindungen weiter zerstört werden sollen.« Dabei gebe es erhebliche fachliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Fraktionen und den Mitarbeitern der Verwaltungen auf Kreis- und Gemeindeebene.

Die BINE bittet deshalb entsprechende Gremien auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene um Prüfung, ob bei den vorliegenden Planungen der Gemeinde Panketal geltende Gesetze, technische Regelwerke, Fachplanungen und kommunalrechtlichen Forderungen eingehalten wurden. Die BINE fordert neben der gründlichen Prüfung um eine Vertagung der anstehenden Straßenausbaue-Entscheidungen »bis zur Behandlung eines fachlich begründeten Gesamtkonzeptes für Panketal und Schwanebeck/ Neu Buch«.

Nachruf

Am 16. März 2016 ist Prof. Dr. rer. nat. habil. ULRICH SEDLAG kurz vor Vollendung seines 93. Lebensjahres in Eberswalde verstorben.

Vor allem seine Bücher haben den Entomologen und Zoologen auch international bekannt gemacht. Zu seinen populärsten und in hohen Auflagen erschienenen Werken zählen »Die Tierwelt der Erde«, »Wunderbare Welt der Insekten«, »Vom Aussterben der Tiere«, »Zwerge und Giganten« und »Wie leben Säugetiere?«

Professor Ulrich Sedlag, 1923 geboren, studierte nach Krieg und Gefangenschaft Biologie in Halle und Jena. Als Professor kam er 1967 aus Dresden an das Institut für Forstwissenschaften Eberswalde und leitete dort die Abteilung Forstschutz. Ab 1975 zog er sich aus dem Wissenschaftsbetrieb zurück und widmete sich nun vor allem dem Schreiben zoologischer und populärwissenschaftlicher Bücher. Während vieler Jahre, bis zu ihrem Tod 2001, war ihm dabei seine Frau Renate, ebenfalls Biologin, eine große Stütze. Sie hielt ihm den Rücken für sein umfangreiches Arbeitspensum frei. Dazu gehörten auch viele Reisen, von denen er Anregungen für seine Werke mitbrachte. So konnte 1995 der hervorragende Band »Tiergeographie« in der Urania-Reihe »Tierreich« erscheinen. Auch im hohen Alter blieb Professor Sedlag aktiv, als Entomologe besonders dem Deutschen Entomologischen Institut Eberswalde (jetzt als in München) eng verbunden. Die Deutsche Gesellschaft für allgemeine und angewandte Entomologie ehrte ihn 2013 mit einer Ehrenmitgliedschaft.

Seine Kollegen verlieren einen sehr begabten Wissenschaftler, seine beiden Kinder Ursula und Joachim ihren Vater. Und die Stadt Eberswalde verliert einen ihrer bekanntesten Bürger.

Dr. MAGDALENE WESTENDORFF

Familiengartendiskussion

Eberswalde (bbp). Ende 2016 laufen die Fördermittelbindungen für den Eberswalder Familiengarten aus. Die Stadt Eberswalde muß daher über ein Konzept zur Weiterbetreibung entscheiden. Die Stadtverwaltung arbeitet bereits intensiv daran. Eine öffentliche Beteiligung dazu wird es allerdings erst im Herbst geben, wie die Verwaltungsdezernentin PETRA STIBANE in der Sitzung des städtischen Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen auf Nachfrage des Stadtverordneten CARSTEN ZINN (Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde) bestätigte. Demnach werde es im Rahmen der Diskussion um den Familiengarten eine Bürgerwerkstatt und zwei Foren, speziell für die Stadtverordneten, geben. Die Dezernentin sieht diese Veranstaltungen »realistischerweise im Herbst nach der Sommerpause als richtig angesiedelt«.

Händler für die Innenstadt

Die Eberswalder Innenstadt hat nach der Wende eine positive Entwicklung vollzogen, so daß der Aufenthalt im Zentrum wieder zu einem Erlebnis geworden ist. Die Attraktivität und Strahlkraft der Innenstadt kann nur durch neue Belebung weiter gesteigert werden, nicht jedoch durch Neuansiedlungen »auf der grünen Wiese«. Die Erweiterungen in Finowfurt haben zur Folge, daß Käuferströme aus Eberswalde heraus geleitet werden. Unter diesen Voraussetzungen wird es uns Einzelhändlern erschwert, unseren Beitrag zur Lebendigkeit der Innenstadt als auch des sozialen Miteinanders zu leisten. Ladenschließungen und die Gefahr der Verödung der Innenstadt wären Folgen.

Wir Händler möchten auch weiterhin gemeinsam mit den Bürgern der Stadt ein attraktives Umfeld zum Verweilen und Wohlfühlen schaffen. Dazu gehört es, die Innenstadt zu stärken und zentrenrelevante Sortimente in den Eberswalder Zentren zu belassen. Wir Eberswalder Händler übertragen unserem Bürgermeister sowie den Stadtverordneten die Aufgabe, sich für unsere Innenstadt einzusetzen, und zwar zum Wohle ganz Eberswaldes.

Wettbewerb – ja! Aber keine Konkurrenz auf der grünen Wiese vor der Stadt, sondern in unserem Eberswalder Stadtzentrum. Es gibt viele Studien darüber, daß die grüne Wiese Kaufkraft aus den Zentren abzieht. Nicht umsonst haben sich Berlin und Brandenburg in Ihrer gemeinsamen Landesplanung auf eine Liste von zentrenrelevanten Sortimenten geeinigt. Bei der Nahversorgung (»Aldi«) kann man Finowfurt sicherlich sowieso nichts vorschreiben. Wenn allerdings der Konzern Metro dort ein Gelände entwickeln will, das auf Eberswalder Kaufkraft zielt können wir nicht untätig zusehen. Die »neuen« Arbeitsplätze fallen zwangsläufig an anderer Stelle (in Eberswalde?) weg, da die Konsumausgaben in der Region nicht steigen, sondern nur umverteilt werden.

TOM KRÄFT, »Altstadtbummel«

Eberswalder Blockadepolitik

Es kann nicht sein, daß die Stadt Eberswalde permanent die Entwicklungsvorhaben der Gemeinde Schorfheide torpediert und blockiert. So etwas kann nur als Egoismus gewertet werden, wobei Baudezernentin Fellner hierbei offensichtlich die treibende Rolle einnimmt.

Wünschen würde ich mir, daß Eberswalde mehr regional denkt. Es geht nicht allein um die Entwicklung eines Mittelzentrums und somit um gelebten Protektionismus, sondern um die Qualifizierung einer Region. Und nicht zuletzt um den Erhalt und die weitere Schaffung von Arbeitsplätzen auch zahlreicher Eberswalderinnen und Eberswalder, die im Finowfurter Fachmarktzentrum arbeiten und zukünftig eine Arbeitsstelle finden werden.

Die Schorfheide und Eberswalde hatten im Vorfeld einen tragfähigen Kompromiß zur Planung des Fachmarktzentrums ausgehandelt –

Fachmarktzentrum Finowfurt:

Sollen doch die Bürger entscheiden!

Wenn schon Strategie des Einzelhandels, dann auf der Grundlage des Bürgerwillens und seines Kaufverhaltens. Lassen wir doch den Markt regulieren! Eine große Mehrheit der Bürger hat schließlich die grenzenlose Konsumgesellschaft gewählt.

Nur gibt es aber dabei ein brisantes soziales Problem. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander – auch im Barnim. Langzeitarbeitslosigkeit, Sozialneid und finanzielle Zwänge sind an der Tagesordnung. Das spiegelt sich auch im Einkaufsverhalten wider. Sicher würden viele gern in einem schönen Stadtzentrum bummeln, Cafés und Restaurants besuchen, Kultur genießen und dabei shoppen, ohne aufs Geld sehen zu müssen.

Das mag vielleicht für betuchte Einheimische und Touristen möglich sein, die schnell mal eine tolle Lederjacke für 600 € und dazu eine Handtasche für 300 € mitnehmen.

Leider kann die Bevölkerung mit geringer Kaufkraft so nicht agieren. Und das sind nicht wenige, denn die Zahl der als »arm« bezeichneten wächst. Ihre Kaufkraft ziehen die Fachmarktzentren und Discounter in der Tat ab.

Die Entwicklung wird und muß auch deshalb weiter in Richtung der Einkaufsmärkte in einem komplexen Zentrum gehen, so sehr man sich auch das andere wünschen würde. Hier gibt es einkaufsnah kostenlose Parkplätze,

Sonder- und Billigangebote, Schnäppchen und auch Imbißmöglichkeiten für die, die »rechnen« müssen und sich teure Restaurants nicht leisten können.

Man sucht die Anonymität der großen Einkaufszentren, man geht in der Menge »unter« und erspart sich vielleicht auch das »Taxiert werden«, das Abschätzen, ob man sich bestimmte Dinge überhaupt leisten kann.

Deshalb sollte Eberswalde auf keinen Fall die Erweiterung des Fachmarktzentrums in Finowfurt behindern. Das wäre bürgerunfreundlich und unsozial. Jeder Mitbewerber hat doch schließlich seine Berechtigung.

Finowfurt hat das geschafft, was Eberswalde seit der Wende nicht konsequent gelang.

In Eberswalde hat man auf »klein und beschaulich« gesetzt, vielleicht auf die sogenannte »Mitte«, Der weniger Bemittelte war nicht der Adressat. Bezeichnendes Beispiel ist das Brandenburgische Viertel in Eberswalde und sein Kampf um angemessene Einkaufsmöglichkeiten. Der Platz hinter dem kleinen, beschaulichen City-Kaufhaus soll ja nun auch genutzt werden für die, die wahrscheinlich die wahren Adressaten des geplanten »Einkaufs- und Kulturparadieses Innenstadt« sind – die Käufer und Bewohner von Eigentumswohnungen.

Dr. ILONA PISCHEL,
fraktionslose Stadtverordnete

Keine faulen Kompromisse

Die angestrebte Erweiterung des Fachmarktzentrums (FMZ) Finowfurt gehört gegenwärtig zu den am heftigsten diskutierten Themen in und um Eberswalde. Zunehmend ist von Wortbrüchen und Blockaden die Rede.

Diese Art des Umgangs ist keine tragfähige Basis, um die Region voran zu bringen! Die Beurteilung, ob es richtig oder falsch ist, das FMZ nochmals erheblich zu erweitern, kann objektiv weder durch die Bürgerinnen und Bürger noch durch die Gemeindevertreterinnen und -vertreter erfolgen. Die subjektiven Faktoren spielen hier eine zu große Rolle in der Bewertung. Allerdings dürfen wir die Beantwortung dieser Frage auch nicht dem Markt überlassen.

Ganz nüchtern sollten daher Kriterien der Raumplanung betrachtet werden. Zu deren Kernpunkten gehört es zweifelsohne, die Funktion von Kommunen innerhalb der Siedlungsstruktur zu beschreiben und sie durch entsprechende Planungen zielgerichtet zu entwickeln.

dieser wurde unerwartet und bedauerlicherweise seitens Eberswaldes gekippt. Ich werte dies als Wortbruch! Noch habe ich die Hoffnung, daß die Eberswalder Politik in der Angelegenheit zur Einsicht gelangt.

Dr. ANDREAS STEINER, Gemeindevertreter
Freie Wähler Schorfheide/BKB

Bei der Erweiterung des FMZ geht es vor allem um die Frage, ob dort zukünftig Sortimente gehandelt werden dürfen, die nichts auf der »grünen Wiese« zu suchen haben, weil sie innenstadtrelevant sind. Wer das nicht erkennt, spielt den Handelskonzernen in die Hände. Sie werden freiwillig auf die Kriterien der Raumplanung keine Rücksicht nehmen. Auch das Argument, Arbeitsplätze zu schaffen, ist kritisch zu sehen. Niemand fragt dabei, wie viele Arbeitsplätze im Einzelhandel der Innenstädte gefährdet sind, wenn das Einkaufen immer mehr auf die »grüne Wiese« verlagert wird.

Die Suche nach einem tragfähigen Kompromiß ist in diesem Falle aussichtslos. Gemeinsame Bekenntnisse zu Verkehrsplanungen (B 167 neu) oder zur Entwicklung des Tourismus (Finowkanal) sind keine adäquaten »Gegenleistungen« für diese Pläne.

Die Abwägung aller Argumente kann nur zu einer Schlußfolgerung führen: Wenn wir unsere Verantwortung für die Stadt Eberswalde und ihr Umland wahrnehmen wollen, sollten wir objektiv formulierte Grundsätze der Raumplanung als Maßstab akzeptieren. Daher wird es von unserer Seite keine Zustimmung zu faulen Kompromissen geben.

KAREN OEHLER, Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen Eberswalde

Neue Formen der Versorgung

Am 29. August 2002 haben die Bürgermeister der damalige Gemeinde Finowfurt (heute Schorfheide) Uwe Schoknecht und der Stadt Eberswalde Reinhard Schulz sowie die Vorsitzenden der jeweiligen Volksvertretungen Dietrich Bester und Rainer Kriewald einen »Raumordnerischen Vertrag« zwischen der Gemeinde Finowfurt und der Stadt Eberswalde unterschrieben. Der Vertragstext war zuvor von der Gemeindevertretung Finowfurt und der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde beschlossen worden.

In diesem Vertrag heißt es in Punkt 2 Satz 2: »Zwischen den Vertragspartnern besteht Einvernehmen darüber, daß über die in diesem Vertrag festgelegte Erweiterung des Real-SB-Warenhauses hinaus eine Neuansiedlung oder die Erweiterung bestehender Einzel-, Groß- und Fachhandelseinrichtungen mit zentrenrelevanten Sortimenten am Standort des Fachmarktzentrums Finowfurt und im Übrigen die Neuansiedlung von großflächigen Einzelhandelseinrichtungen i. S. d. im Lande Brandenburg geltenden Einzelhandelserlasses bzw. die Erweiterung von bestehenden Handelseinrichtungen zu großflächigen Einzelhandelseinrichtungen im gesamten Gemeindegebiet der Gemeinde Finowfurt ausgeschlossen wird.«

Dies läßt an Eindeutigkeit nichts offen. Verträge sind einzuhalten. Mehr braucht man zu dem Ansinnen des Schorfheider Bürgermeisters nicht sagen.

Daß der Metro-Konzern neben dem Real-Kauf neue Fachmärkte bauen will, kann nachvollzogen werden. Der Konzern findet dort günstige Bedingungen vor und hat mit der Schorfheider Gemeindeverwaltung einen verlässlichen Partner, dessen Bauverwaltung gerne selbstherrlich sowohl über die Interessen anderer als auch über gesetzliche Voraussetzungen hinwegschaut, wie erst jüngst diverse Baum- und Heckenfällaktionen, der Straßenausbau beispielsweise in der Walzwerkstraße und diverse andere Bauprojekte beweisen. Hier lebt die »Beton-Schulz«-Ära noch immer fort.

Mit der Stadt Eberswalde kann freilich nicht so umgegangen werden wie mit den eigenen Bürgern. Also wird hier auf eine geschickte Öffentlichkeitsarbeit gesetzt. Es könne doch nicht sein, sagt der Schorfheider Bürgermeister Uwe Schoknecht (MOZ, 1.3.2016), daß ein 14 Jahre alter Vertrag seiner Gemeinde jegliche Entwicklungschance nehme. Seither sei »so viel passiert, daß es angebracht gewesen wäre, (den Vertrag) zu aktualisieren«.

Was genau passierte, sagte Uwe Schoknecht allerdings nicht. Zumindest an der landesplanerischen Einstufung von Eberswalde als Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums und Finowfurt als dazugehöriger Nahbereich dürfte sich nichts geändert haben. Auch daran, daß die Gemeinde Schorfheide schon jetzt über etwa das Doppelte an Verkaufsfläche pro Einwohner verfügt wie Eberswalde. Geändert hat sich die Bevölkerungszahl in der Region, die in den vergangenen 14 Jahren geringer, und der Leerstand von Ladenflächen, der größer geworden ist.

Selbstverständlich kommt der mittelalterliche Handel nicht wieder. Auch der kleinteilige Handel, den wir noch zu DDR-Zeiten hatten,

hat in der bisherigen Form kaum Perspektive. Das ist betriebswirtschaftlich nachvollziehbar. Heute braucht es einen viel größeren Umsatz pro Arbeitskraft als in früheren Zeiten, weil einerseits die Arbeitskraft trotz der Niedriglöhne im Handelsgewerbe relativ teurer ist und andererseits die Margen für Lebensmittel und gewöhnliche Alltagsgegenstände gering sind.

Dennoch halte ich auch die Verkaufs-(un)kultur der »Grünen Wiese« nicht für zukunftsträchtig. Die in anderen Bereichen längst überwundene fordistische Produktionsweise hielt im Handel erst nach 1990 so richtig Einzug. Aktuell tobt der finale Konkurrenzkampf der Discounter um neue Verkaufsflächen, ein paar Zentimeter näher an der Bundesstraße, mit möglichst großflächigen Parkmöglichkeiten und überdimensionierten Werbe-Polygonen versehen. Hier passiert auch innerhalb von Eberswalde viel Unsinniges. Alle derzeitigen Ladenneubauten haben meist Leerstand an anderer Stelle zur Folge. Die Entwicklungschancen der Flächenmärkte am Stadtrand sind offensichtlich ausgeschöpft. Die Monopolisierung wird noch eine Weile weitergehen mit der Folge, daß ein Teil der gerade neu gebauten Märkte wieder verschwindet.

Es wird neue Formen für die Versorgung mit dem Lebensnotwendigen geben. Solche neuen Formen haben allerdings nur eine Chance, wenn sie letztlich effektiver (was den Aufwand angeht) und zugleich attraktiver (was den Service betrifft) sind als die Fließband-Kaufhäuser am Stadtrand.

Wieso müssen wir als Kunden dorthin fahren, bloß weil es dem Händler betriebswirtschaftlich und logistisch dort besser paßt?

Vielleicht gibt es dann kleinere Läden in Wohnnähe, die zugleich Online-Handel betreiben und einen Lieferservice bieten. Nur die Internet-Muffel gehen dann noch selber in den Laden um die Ecke, um ihre Bestellung abzugeben (evtl. anhand der dort vorhandenen Musterprodukte, die in kleineren Mengen auch gleich mitgenommen werden können) und wenn sie Zuhause ankommen, steht schon der Lieferwagen mit den bestellten Produkten vor der Tür. Anfänge für solche »Bringdienste« gibt es schon. Die Bestell-Läden könnten auch Auslieferungszentrum sein, wo man seine Bestellung abholt. Das wäre vor allem etwas für die dörflichen Regionen, wo solche Dorfläden ja durchaus die Funktion örtlicher Kommunikationszentren übernehmen könnten. Die Lager und Logistikzentren könnten dann ja durchaus auf der grünen Wiese, von mir aus in Finowfurt, stehen.

GERD MARKMANN

Hier ist die Puschkinstraße



Foto: JURGEN GRANZOW

Eberswalde (bbp). »Wo ist die Puschkinstraße?« hatten wir in unserer Januarausgabe gefragt. Wer als Ortsfremder von der Friedrich-Ebert-Straße kommend das Bürgerbildungszentrum »Amadeu Antonio« in der Puschkinstraße suchte, hatte ein Problem. Dort fehlte schlichtweg das Straßenschild. Die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung haben die »Barnimer Bürgerpost« aufmerksam gelesen und sorgen nun dafür, daß der Mangel behoben wurde.

Keine seriösen Aussagen

Eberswalde (bbp). Der Finower Stadtverordnete VIKTOR JEDE (SPD) wollte zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am 14. März wissen, wie sich die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit dem Finowkanal, der in kommunale Trägerschaft übernommen werden soll, in den nächsten zehn Jahren entwickeln werde. Wirtschaftsamtsleiter Dr. Jan König sagte dazu, daß es ihm im Moment nur möglich sei, Ausgaben zu benennen. Zur Entwicklung der Einnahmen könne er keine seriösen Angaben machen.

Kein Tourismuskonzept

Eberswalde (bbp). Die Stadt Eberswalde hat kein klassisches Tourismuskonzept. Darüber informierte Wirtschaftsamtsleiter Dr. JAN KÖNIG am 14. März im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen. Allerdings gebe es eine Studie mit dem Titel »Umsetzungskonzept zur wassertouristischen Erschließung der Wasserwege und -straßen auf der Achse Eberswalde/Schwedt«. Darin gehe es insbesondere um Entwicklungsszenarien am und um den Finowkanal. Für das Szenario »Vollständige Befahrbarkeit des Finowkanals für alle Schiffe« seien verschiedene Zielsetzungen definiert worden, die in einem Handlungsprogramm mündeten, das aus den folgenden fünf Punkten besteht: Entwicklung eines künftigen Betreiber- und Finanzierungsmodells, Aufbau und Qualifizierung der Infrastruktur, Alleinstellungsmerkmal E-Mobilität auf dem Wasser, wassertouristisches Informations- und Leitsystem und Internetpräsenz. »Diese Punkte werden aktuell bearbeitet«, so Dr. König. Ex-Dezernent LUTZ LANDMANN, seit 2014 Stadtverordneter der SPD, wies darauf hin, daß seiner Kenntnis nach der Verwaltung ein Tourismuskonzept vorliegen müsse.

Demokratieabbau

In der Ahrensfelder Gemeindevertretung hat sich seit Jahren der 2009 in der Geschäftsordnung beschlossene grundsätzliche Ablauf der Sitzung der GV bewährt. Mit diesem wird allen, also auch den fraktionslosen Gemeindevertretern die Möglichkeit eingeräumt, sich mit eigenen Themen zur Gestaltung und Entwicklung der Gemeinde über Anträge einzubringen.

Der in der Gemeindevertretung eher inaktive Bernhard Wollermann (SPD), einst war er Amtsdirektor, hat bisher in der neuen Wahlperiode die Möglichkeit, über Anträge in der GV an der Gestaltung und Entwicklung der Gemeinde mitzuwirken, nicht genutzt. Genauso wenig war er bei den Workshops aktiv bzw. nicht mal anwesend, bei denen es um Bürgerbeteiligung und um die Entwicklung der Gemeinde in den nächsten 10 bis 15 Jahren ging.

Nun plötzlich sein Antrag an den Hauptauschuß, die Demokratie über die Änderung der Geschäftsordnung auszuhebeln.

Was will er konkret? Er will die Fraktionslosen, zu denen wir Unabhängige zählen, ausbremsen. Er will ihnen die Möglichkeit nehmen, an der Mitgestaltung der Gemeinde mit eigenen Anträgen über die anstehenden Tagesordnungspunkte hinaus teilzunehmen. Er will Öffentlichkeit verhindern! Die namentliche Abstimmung gibt der Öffentlichkeit Aufschluß über das Stimmverhalten der gewählten Vertreter. Das wird erschwert, wenn die Hürde einer solchen namentlichen Abstimmung künftig auf drei Gemeindevertreter erhöht wird. Nach der Kommunalverfassung reicht als Antragsteller ein Mitglied aus!

Dr. WOLFGANG UNGER

Meine Enkelin heiratet

Meine Enkelin heiratet ihren Partner, den »Zimmermann«. Ihr gemeinsames Kind, der Junge, wird im August zwei Jahre alt und soll zum Geburtstag einen richtigen Zimmermanns-Anzug bekommen. So wurde ich informiert und freute mich sehr, da ich weiß, wie stolz ein Mensch auf sein Können, auf seinen Beruf sein kann. Ich dachte da an Schornsteinfeger mit dem Kaminbesen, an den Koch mit der Suppen-, den Maurer mit der Maurerkelle, den Feuerwehrmann mit dem Wasserschlauch, den Arzt im weißen Kittel, den Bahnhofswärter, ja und noch so viele, wo man weiß, daß sie für die Gesellschaft wertvoll sind. Ich habe vor all diesen Menschen große Achtung.

Eine andere »Berufskleidung« ist für mich abschreckend, sie bedeutet nichts Gutes. Die Militäruniform mit der dazu gehörenden Mordwaffe, an der die Träger dieser Uniform zum Morden ausgebildet werden.

Diese »Berufsgruppe« dient nicht der Gesellschaft, sondern nur den Rüstungsbossen und Kriegstreibern.

Ja, so ist das, wenn man darüber nachdenkt.

ELISABETH MONSIG

Ein Dokument für Bildungsnotstand?

Sorgen mit dem Gemeinsamen Rahmenlehrplan der Länder Brandenburg und Berlin

Alles, was nicht so wichtig oder unbequem ist, das ist in Deutschland Ländersache. Bildung ist Ländersache. Ergebnis: in der Bildung paßt in Deutschland nichts zusammen. Der Abschluß der 11. Klasse im Land Brandenburg z.B. ist allenfalls so viel wert wie der Abschluß der 10. Klasse in Baden-Württemberg.

Nun wollen sich Berlin und Brandenburg - eine Fusion zu einem Bundesland hat ja nicht geklappt und wird nie klappen - im Schulwesen mit einem gemeinsamen Rahmenlehrplan abstimmen. Nach drei Jahren gibt es einen ersten Entwurf. Abgesehen davon, daß bereits die Lehrgewerkschaft an der Praxistauglichkeit des ersten Entwurfs zweifelt - was man bisher lesen konnte, nährt auch meine Zweifel.

Da soll aus Geographie, Geschichte und Politik ein Fach Gesellschaftswissenschaften werden. Geographie - das ist eine exakte Wissenschaft, Geschichte wurde zu allen Zeiten gefälscht und Wichtiges wird verschwiegen - das ist heute nicht anders und in der Politik kommt nur der voran, der lügen kann, was das Zeug hält. Nicht zu Unrecht gilt die Politik deshalb im Volksmund als »schmutziges Geschäft«. Das soll in einem Unterrichtsfach Gesellschafts- »Wissenschaften« gelehrt werden? Ich fürchte, da gerät die Geographie unter die Räder.

Das scheint beabsichtigt zu sein. Aus Physik und Biologie soll das Fach Naturwissenschaften werden. Chemie erscheint gar nicht mehr. Ein Fernsehjournalist, der neulich einen Chemiker befragen durfte, rühmte sich, das Fach Chemie (das gab es wohl noch!?) abgewählt zu haben. Eine Quiz-Kandidatin, nach dem ersten Element im Periodensystem befragt, forderte schnell »weiter«. Nicht anders war das bei dem jungen Mann, der kein einziges Metall nennen konnte, das gegen Korrosion hilft. Ist ein solches Niveau hinnehmbar?

Wenn Physik und Biologie künftig von einem Lehrer unterrichtet werden müssen, dann kommt es wohl darauf an, für welches Fach der

ausgebildet ist. Die Kombination Bio/Physik ist eher selten. Damit hat die Gewerkschaft wieder Recht, wenn sie feststellt, daß für die im Rahmenlehrplan formulierten Ziele das entsprechende Personal fehle.

Übrigens: Zur Zeit des letzten deutschen Kaisers gab es in den Schulen, Lehrer waren oft ausgebildete Unteroffiziere, nur das Fach Naturkunde. Lehrmaterial war ein sog. Realienebuch, ganz unterhaltsam und durchaus geeignet, niedriges Niveau zu garantieren. Die Naturwissenschaften - als Unterrichtsfächer aufgesplittet in Physik, Chemie, Biologie und Geographie - das gab es erst nach dem Kaiser und war weltweit ein Beispiel für Fortschritt im Bildungswesen, u.a. abzulesen auch an der Zahl deutscher Nobelpreisträger zu dieser Zeit.

Beim Kaiser hatten Geschichte und Politik, soweit sie im Unterricht vorkamen, nur ein Ziel: Kenntnisse über Militär, Kriege und Adel, das Lob der Monarchie und die Verehrung des Hauses Hohenzollern. Ich werde das Gefühl nicht los, daß sich der Entwurf des Rahmenlehrplans etwa auf diesem Niveau bewegt. In diesem Zusammenhang fällt mir plötzlich - warum eigentlich? - der Begriff Inklusion ein, aber ich will jetzt nicht abschweifen!

Niedriges allgemeines Niveau muß aber kein Defizit sein! Es gibt ja inzwischen schon eine ganze Menge Menge privater Elite-Schulen, die man für gutes Schulgeld besuchen kann, wenn man will und die Eltern zahlen können. Die übrigen gut ausgebildeten Naturwissenschaftler und Techniker, die wir dann noch brauchen, holen wir uns aus Afrika und Südostasien - wir schaffen das! Die bildungsfernen Schichten, die wir mit unserem Verblödungssystem (Pardon, das hätte mir nicht rausrutschen dürfen!) schaffen, werden nur noch schlecht bezahlte Jobs bekommen - wenn überhaupt, aber sie können ja ausreichend komfortabel von Hartz IV leben! Quo vadis, Germania?

JOHANNES MADEJA

Wir wollen transparent sein

Leider müssen wir es auf unsere Kappe nehmen, uns als Initiatorenkreis intern nicht mit bestimmten Themen auseinandergesetzt zu haben, die in der Öffentlichkeit eine Rolle spielen könnten. Dies war ein Fehler, wenn wir uns erst jetzt, von außen angestoßen, damit beschäftigen und sehen müssen, daß Positionen vertreten werden, die wir nicht mittragen können: Klarstellen wollen wir ausdrücklich, daß jegliches Vorgehen gegen andere Menschen zu verurteilen ist. Daß sich die Initiative als parteipolitisch neutral versteht, war, ist und bleibt aus unserer Sicht richtig.

Die Vorbereitung der Konferenz hatte unsere Runde in Beschlag genommen, andere individuelle Bereiche traten in den Hintergrund. Bezüglich Parteien sehen wir, wie es in unserem

Flyer anklang, es als notwendig an, in einen kritischen Diskurs einzutreten. Dies gilt auch für die Positionen eines jeden Einzelnen von uns. Wir möchten diesen Prozeß transparent vollziehen, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch das eigentliche Thema, der Weltfrieden, einen Augenblick zurückgedrängt wird.

Die Initiatoren der 1.EWFK

Die Initiatoren ANDREAS WILHELM, CHRISTIAN STÖHR, TINO TAUBE und TORSTEN KROBOTH hatten erklärt, erst im Herbst 2015 angesichts des Kriegs in Syrien und Irak politisch aktiv geworden zu sein. Im März 2016 übernahm die MOZ einen der vier, Christian Stöhr, als Mitglied der rechten Splitter-Partei »Deutsche Nationalversammlung« (DNV). Auf dem Nachvernetzungstreffen am 11. März informierte mit Tino Taube ein weiterer über sein bereits seit längerem bestehendes Engagement bei der »Piratenpartei«.

Messingwerkhaften Finow:

Minigolf spielen und Tretboot fahren

Dürfen sich die Eberswalder bald über eine neue Freizeitanlage freuen?

Am 8. Januar war ich ins Baudezernat eingeladen, wo ich zu einem persönlichen Gespräch mit ANNE FELLNER (Baudezernentin) und SILKE LEUSCHNER (Stadtentwicklungsamt) zusammenkam, welche mir die Pläne der Stadt zur Treidelbrücke im Messingwerkhaften (bekannt als »Teufelsbrücke«) näher bringen wollten.



FOTO: PIERRE SENS

Es ging um die Sanierung der denkmalgeschützten Brücke, wozu eigentlich das Wasser- und Schiffsamt Eberswalde (als Eigentümer) zuständig wäre, welches die kostspielige Sanierung und ihre Wiederbegeharmachung aber nicht durchführen will. Die Brücke bleibt damit weiterhin nicht begehbar und in ihrem jetzigen bemitleidenswerten Zustand. Das Denkmalschutzamt sieht aber keinen Handlungsbedarf und hat derzeit nichts an der Brücke zu bemängeln. Die Verbesserung des jetzigen Zustandes und ihre Wiederbegeharmachung ist gegenwärtig nicht Teil des Denkmalschutzes.

Schauen wir uns mal ein wenig das Denkmalschutzgesetz in Brandenburg an. Dort steht in § 7 (Erhaltungspflicht):

(1) **Verfügungsberechtigte** von Denkmalen **haben** diese im Rahmen des Zumutbaren nach denkmalpflegerischen Grundsätzen **zu erhalten, zu schützen und zu pflegen.**

(2) Denkmale sind so zu nutzen, daß ihre Erhaltung auf Dauer gewährleistet ist. Die bisher rechtmäßig ausgeübte oder eine der Lage und Beschaffenheit des Denkmals entsprechende Nutzung ist zulässig. **Denkmale sollen** im Rahmen des für die Verfügungsberechtigten Zumutbaren **der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.**

(3) Soweit in ein Denkmal eingegriffen wird, **hat der Veranlasser** des Eingriffs im Rahmen des Zumutbaren **die Kosten zu tragen, die für die Erhaltung, fachgerechte Instandsetzung** oder Bergung und Dokumentation **des Denkmals anfallen.**

Und in § 8 (Maßnahmen der Denkmalschutzbehörden) heißt es:

(1) Die Denkmalschutzbehörde hat nach

pflichtgemäßem Ermessen diejenigen **Maßnahmen zu ergreifen, die zum Schutz der Denkmale erforderlich sind.**

(2) **Kommen Verfügungsberechtigte** oder Veranlasser **ihren Pflichten nach § 7 nicht nach** und tritt hierdurch eine Gefährdung des Denkmals ein, **können sie** im Rahmen des Zumutbaren **von der Denkmalschutzbehörde verpflichtet werden, die zum Schutz des Denkmals erforderlichen Maßnahmen durchzuführen.**

(3) Erfordert der Zustand eines Denkmals Maßnahmen zu seinem Schutz, ohne deren unverzügliche Durchführung es gefährdet würde, **kann die Denkmalschutzbehörde** diese Maßnahmen im Rahmen des Zumutbaren **auf Kosten der Verfügungsberechtigten** oder Veranlasser **selbst durchführen** oder durchführen lassen.

So weit ist es klar, was die Denkmalbehörde zu veranlassen und der Eigentümer zu tun hat. Der »schwarze Peter« liegt (wie so oft) beim Eigentümer. So argumentiert auch Frau Fellner: »Das Wasserstraßenamt (WSA) muß die Brücke sanieren und nicht die Stadt Eberswalde!«

Allerdings sieht sie eine Möglichkeit, daß die Stadt die Sanierung doch durchführt, wenn die Brücke Bestandteil einer Wegeführung am Treidelweg wird. Dann wird der Treidelweg nicht mehr an der Altenhofer Straße unterbrochen, sondern unter die dortige Brücke hindurchgeführt. Wenige Meter weiter verläuft der Weg dann über die Treidelbrücke, um an den bestehenden Treidelweg anzuschließen.

Ob es so kommt, hängt allerdings von vielen weiteren Faktoren ab. Beispielsweise davon, ob die Kommunen den Finowkanal mit all seinen Brücken übernehmen werden oder nicht. Falls nicht, bleibt der Kanal beim Bund (bzw. beim WSA), dann wird die Brücke im Messingwerk-

hafen, wenn es notwendig ist, verkauft und unter Umständen aus Eberswalde entfernt. Jedenfalls dann, wenn die Stadt Eberswalde die Brücke dann nicht übernehmen will. Ernsthaft Interessenten gibt es bereits schon, welche die Brücke dem WSA abkaufen wollen. Die Stadt Eberswalde sollte also mit dem Ankauf nicht mehr zu lange zögern, sonst ist es zu spät.

Am 3. März sollte es darum ein Gespräch geben, zwischen Herrn Münch (WSA), mir und dem Bürgermeister Herrn Boginski, und zwar am Ende der Veranstaltung des Tourismus-Forums »Industriekultur im Finowtal«, auf Einladung von Herrn Münch (so war es auch am Anfang des Forums noch mal kurz mit dem Bürgermeister besprochen worden). Doch dazu kam es nicht mehr, weil der Bürgermeister heimlich verschwand. Souverän ist das nicht und zeugt auch nicht von wirklichem Interesse zu diesem Thema. Da erwarte ich von einem Bürgermeister doch mehr. Sicher wird er jetzt sagen, es gab dringende Termine.

Soviel zur Brücke im Messingwerkhaften – als Vorgeschichte zum eigentlichen **Hauptthema**, dem **Minigolfplatz**, der im Messingwerkhaften an der Treidelbrücke entstehen soll. Am 8. Januar hatte ich die beiden Damen Anne Fellner und Silke Leuschner mit meinem **Exposé Messingwerkhaften*** zum Ausbau der dortigen Freizeitanlage überrascht. Dort ist ein idealer Platz für einen Minigolfplatz mit Kiosk und Tretbootverleih und gegebenenfalls weiteren Freizeitattraktionen. Die Idee kam bei den beiden Damen sehr gut an und spontan wurde ich von der Frau Baudezernentin Anne Fellner »**offiziell** zum **externen Mitarbeiter**« ernannt (freilich ehrenamtlich), um geeignete Investoren und potentielle Betreiber zu finden. Nach nur wenigen Tagen (noch im Januar) hatten sich bereits die ersten beiden Interessenten gemeldet, welche bereits einen Minigolfplatz erfolgreich führen und gerne einen weiteren in Eberswalde betreiben würden. Beide hatten Kontakt mit der Baudezernentin aufgenommen. Gespräche und Ortsbesichtigungen wurden mit Frau Fellner und Frau Leuschner durchgeführt. Während der eine Interessent inzwischen abgesprungen ist, weil die Kosten ihm wahrscheinlich zu hoch ausfallen würden, verhandelt der andere noch mit dem Baudezernat. Ich hoffe hier auf gutes Gelingen! Und daß Frau Fellner alle notwendigen Schritte unternimmt, die das Vorhaben zum Erfolg bringen werden. Die Eberswalder würden sich sicher über einen Minigolfplatz, und über weitere Freizeitmöglichkeiten im Messingwerkhaften, freuen (wie beispielsweise Tretboot fahren in der schönen Natur entlang des Finowkanals).

Schön wäre es, wenn Frau Baudezernentin dieses Projekt mehr in der Öffentlichkeit kolportieren würde, also zur Sprache bringt, damit alle Eberswalder Bürger hierüber Bescheid wissen können. Es soll ja kein Geheimplan sein. Auch hierin werde ich sie gerne unterstützen.

PIERRE SENS

* (www.schoenes-reiseziel.de/Eberswalde/images/Expose.pdf)

Maßnahmepapier zu »Eberswalde handelt«

Eberswalde (bbp). Im November 2015 hatten die Eberswalder Stadtverordneten mit ihrem Beschluß »Eberswalde handelt« auf die Anforderungen der damals stark angestiegenen Flüchtlingszahlen reagiert und u.a. 40.000 Euro für dringende Maßnahmen im Haushaltsjahr 2016 bereitgestellt. Außerdem wurde die Stadtverwaltung beauftragt, »zum Ende des I. Quartals 2016 eine Übersicht zu zweckmäßigen, sinnvollen und notwendigen Maßnahmen zur schnellen Integration der Flüchtlinge bzw. Asylbewerber zu erarbeiten. Dabei sind die bis dahin gewonnenen Erfahrungen zu nutzen und das Hauptaugenmerk neben den Nothilfemaßnahmen auf die Entwicklung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Bürgern der Stadt und den 'Neuankömmlingen' zu richten.«

Diese Übersicht namens »Maßnahmepapier zur Teilhabe von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen am gesellschaftlichen Leben in der Stadt Eberswalde« liegt im April den städtischen Gremien als Informationsvorlage vor. Im Mai steht dann eine erste Lesung zur Beschlußfassung auf der Tagesordnung. Mit Stand 15. März waren etwa 780 Flüchtlinge bzw. Asylsuchende in

Eberswalde untergebracht. Davon wohnen 187 in den drei Wohnverbänden im Brandenburgischen Viertel. 354 Personen leben bereits dezentral in Wohnungen im gesamten Stadtgebiet. Von den 780 Personen sind rund 300 Kinder und Jugendliche, von denen etwa 100 die Schulen in Eberswalde besuchen. Wie hoch der daraus resultierende Bedarf an Kindertagesbetreuung ist, wird in dem »Maßnahmepapier« nicht benannt. In der Hochrechnung liegen die Zahlen pro Jahrgang zwischen 15 und 20 Personen. Die Zahl der nicht mehr schulpflichtigen Jugendlichen kann demnach mit ca. 50 angenommen werden. Verbleiben 150 Kinder, die potentiell für eine Kitabetreuung in Frage kommen. Nimmt man davon zwei Drittel als tatsächlichen Bedarf an, dann stehen in der Stadt Eberswalde die Neuschaffung von mindestens 100 Kitaplätzen auf dem Programm – zumal es bereits vor der sogenannten Flüchtlingskrise einen Fehlbedarf an Kitaplätzen in Eberswalde gab. Verantwortlich als örtlicher Träger der Jugendhilfe ist der Landkreis. Die Stadt ist als Träger von Kindertagesstätten beteiligt.

Das »Maßnahmepapier« zählt 23 Maßnahmen auf, die in drei Prioritäten unterteilt wurden und mehr als 300.000 Euro pro Jahr würden, davon knapp 180.000 Euro für zusätzliche Kita-Betreuung und Sozialarbeiter-Stellen.

Das sind vergleichsweise geringe Investitionen, wenn dies mit dem künftig langfristig zu erwartenden Steueraufkommen integrierter Einwanderer in Bezug gesetzt wird. Gar nicht zu reden davon, welchen Schaden nicht integrierte Einwanderer in zehn oder zwanzig Jahren anrichten könnten. Frankreich und Belgien können hier als Negativvorbilder gelten.

CARSTEN ZINN von der Fraktion »Alternatives Wählerbündnis Eberswalde« in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde warnt indes davor, die Streetworker-Sozialarbeit zulasten der Sozialarbeit in den Grundschulen auszuweiten, wie das Papier in der Maßnahme Nummer 9 mit erster Priorität fordert. Die Fraktion fordert zugleich, das Maßnahmepapier nicht nur im Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration zu beraten, sondern auch den Fachleuten für Bildung, Jugend und Sport sowie Wirtschaft und Finanzen vorzulegen.

Treppenlauf in Finow



Foto: Kerri/Dietrich Larfin

Am 4. Treppenlauf nahmen 30 Läufer teil. Erstmals gab es einen Familienlauf. Da nur zwei Familien starteten, sind die drei Vereinsmitglieder Heiko Schult, Rainer Kriewald (71) und ich ebenfalls als Team gestartet. Wir erkämpften uns den dritten Platz mit 5:23 Minuten. Schnellster Läufer war mit 1:14:63 Paul Sippmann (16- 27 Jahre) dicht gefolgt von Andreas Saremba mit 1:15:35 (40- 59 Jahre) und Eric Kurz 1:23:75 (12- 15 Jahre). Es starteten auch zwei junge Feuerwehrmänner in voller Ausrüstung (Foto). Der jüngste Läufer war 5 Jahre alt. Heiko Schult, der Vorsitzende des Fördervereins Finower Wasserturm und sein Umfeld e. V., erklärte nach der Siegerehrung, daß es einen 5. Treppenlauf geben wird.

RINGO WRASE

Getürkte Flüchtlingspolitik

»Wir schaffen das«, sagt die Bundeskanzlerin Angela Merkel im Herbst 2015 zur Aufnahme der Flüchtlinge, die zu Hunderttausenden aus Kriegs- und Krisengebieten in die EU, besonders in die BRD strömten. Von den meisten Menschen wurde diese Haltung begrüßt, denn sie entsprach humanistischen Grundsätzen. Hin und wieder fiel auch der Satz, man müsse auch die Ursachen der Flüchtlingsbewegung bekämpfen. Aber diese wurden weder benannt noch Schlußfolgerungen zu ihrer Beseitigung ergriffen. Erste Maßnahmen reichten nur bis zur Bekämpfung der »Schlepper«, die zwar aus der Flüchtlingsnot ihr Geschäft zu machen suchen, aber nicht die Ursache des Übels sind.

Nun hat die EU ihre Grenzen wieder dichtgemacht. Seit dem 20. März ist der Flüchtlingspakt zwischen EU und Türkei in Kraft. Flüchtlinge, die sich in der Türkei befinden, bleiben in der Türkei und alle Menschen, die von der

Türkei nach Griechenland flüchten, werden nun in die Türkei zurückgeschickt. Diese »Lösung des Flüchtlingsproblems« kann man nur als »getürkt« bezeichnen. Den wahren Ursachen kommt man damit kein Stück näher. So werden wir das nicht schaffen!

Maßnahmen der EU zielen auf die Sicherung der Außengrenzen zur Flüchtlingsabwehr, mit besonderem Nachdruck wegen der Terrorakte in Brüssel. Stattdessen braucht es die Erkenntnis, daß die Ursachen der Flüchtlingsbewegung in der aktuellen Weltwirtschaftsordnung liegen, die vor allem durch Ausbeutung und Versklavung der Länder der Dritten Welt gekennzeichnet ist. Zur Durchsetzung der imperialen Interessen ist den Mächtigen jedes Mittel Recht, am Ende auch der Krieg, oft geführt als Stellvertreterkrieg, für den die am Krieg Interessierten Waffen und Munition liefern. Für die von Krieg und Zerstörung, von Mord und Totschlag betroffenen Menschen bleibt oft kein anderer Ausweg als die Flucht, um das nackte Leben zu retten. Die Flüchtlingsströme sind unzweifelhaft die Folge von Not und Elend der wehrlosen Bürger der bekriegtten Länder.

Die Ursachen sind letztlich nur durch eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung zu beseitigen. Das wird nur in einem langwierigen Kampf erreichbar sein. Am Anfang müssen stehen: Die Waffen nieder, Stopp der Waffenlieferungen, humanitäre Hilfe für die Kriegssopfer, Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion, keine Auslandseinsätze der Bundeswehr, internationale Solidarität statt Ressourcenraub. ALBRECHT TRILLER

Kolumbien-Vortrag

Eberswalde (bbp). Am 16. April berichtet der kolumbianische Künstler und Umweltaktivist JAFETH GÓMEZ beim Afrikanischen Kulturverein »Palanca« über das Kultur- und Bildungsprojekt »Sendero Magico« im Cauca, seinem Engagement als Künstler und der Wirkung von Kunst im heutigen Kolumbien während des Friedensprozesses nach 6 Jahrzehnten Bürgerkrieg. Nach seinem Vortrag gibt es die Gelegenheit zur Diskussion. Die Veranstaltung beginnt um 16 Uhr bei Palanca (Coppistraße 1).

Wie aus Fremdheit Nähe werden kann:

Mein Freund, der Syrer

Einblicke in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Kanzlerin Merkel ist Schuld! Das sagen alle, von rechts bis links, von Westeuropa bis Osteuropa, von liberal bis konservativ. Wie konnte sie sich nur hinstellen und sagen: »Wir schaffen das!«?

Doch mitnichten hatte Mama Merkel einen Plan. Sie hatte sich nur zum ersten Male in ihrer Kanzlerschaft dazu herabgelassen, um Stellung zu beziehen gegen die Bedrohung einer Asylunterkunft in Heidenau durch »besorgte Bürger Sachsens«; sie reiste, wohl nach viel Druck, höchstpersönlich vor Ort, und sprach in die Kameras dann Worte, die man auch auf dem X. Parteitag der SED gehört haben könnte, trotzig, aber ohne Inhalt.

Das alleine hätte gar nichts bewirkt. Nun lief aber seltsamerweise eine Medienkampagne an, ob Zeitung, ob Radio oder Fernsehen, überall wurde aus diesen drei trotzigen Worten eine Jahrhundertaufgabe stilisiert, noch größer als der Mauerfall 1989, natürlich mit dem medientypischen Hype, so daß sich selbst britische Zeitungen fragten, ob die Deutschen den Verlust verloren hätten...

Wer so eingeladen wird, verfolgt durch Bomben, Elend und Hunger, der zögert nicht lange und macht sich auf die Reise. Das kann man niemandem vorwerfen. Aus Hunderten wurden Tausende, aus Tausenden wurden Zehntausende. Als einige intelligente Leute begannen, die Zahlen aufs Jahr hochzurechnen, war es schnell vorbei mit der Medienkampagne der Willkommenskultur. Nun galt es die Probleme vor Ort zu lösen, die da hießen: Identifizierung, Registrierung, Verteilung, Notunterkunft, Asylantrag, medizinische Versorgung, Kleidung, Lebensmittel, Wachschatz und Integration in die deutsche Gesellschaft.

Nun sind sie also da, die Syrer und alle die, die welche sein wollten. Sie atmen unsere Luft, unsere Sonne wärmt sie, sie fahren mit uns zusammen Bus und Straßenbahn, und wir bekommen eine Ahnung davon, daß die Welt nicht nur aus älteren deutschen Ehepaaren mit Dauerwellen und Helmut-Schmidt-Mützen besteht. Sie sprechen eine Sprache, die uns fremdartig erscheint. Aber Russisch war hierzulande 1945 ebenso exotisch, und wir, zumindest einige, haben es gelernt und es hat uns nicht geschadet.

Die Welt von heute ist kleiner geworden. Die Nationen kommen sich näher. Wie selbstverständlich machen wir Urlaub an der türkischen Mittelmeerküste; die Preise locken, das warme Wetter, die Sonne und das all-inclusive. In der arabischen Kultur bedeutet eine Einladung, daß für alles gesorgt ist – das ist Ehrensache! Viele Ankommende, die sich durch Deutschland eingeladen fühlten, wurden in dieser Hinsicht schwer enttäuscht: zu Hunderten in Turnhallen untergebracht, keine Privatsphäre, keine Ruhe, Streit und schlechtes Essen. Da vergißt man leicht die Bomben und

den Hunger. Oder doch nicht? Deutschland ist ein Rechtsstaat. Wer in seinem Leben bedroht ist, hat Anspruch auf Asyl.

Daß bei Hunderttausenden nicht alles glatt läuft, wem kann man das verübeln? Weder den Behörden, noch der Verwaltung oder der Polizei. Nun ist es also passiert, das Leben, das Schicksal – die DDR ist auch untergegangen, ob das mancher wollte oder nicht – es nützt nichts, jemandem DIE SCHULD zu geben, man sollte vergeben können und die Hand ausstrecken zur Versöhnung. Viele konnten das nach der Wende 1990 nicht, weder von Ost noch von West. Diesen Fehler sollten wir nicht wiederholen.

Die Syrer haben uns nichts getan. Wir bieten ihnen Obdach für eine gewisse Zeit und wenn in ihrer Heimat wieder Frieden herrscht, werden die meisten wieder heimfliegen. Und sie sollen dann zu Hause nicht schlecht über uns reden, über die Deutschen, das seltsame Volk, bei denen die Weiber zu Hause das Sagen haben. Vielleicht kann der eine oder andere dann sogar einen Brocken Deutsch wie ABSCHIEBEVERFÜGUNG oder ESSENSAUSGABE und seine Verwandten zu Hause in Damaskus werden staunen über das exotische Land Deutschland.

Manche werden hierbleiben, manche werden studieren, manche machen eine Ausbildung, manche finden Arbeit, manche werden heiraten und bekommen somit eine Aufenthaltserlaubnis, die vom Asyl unabhängig ist. Aber das tun Menschen aus aller Welt in Deutschland: Chinesen, Brasilianer, Polen, Bulgaren, Amerikaner, selbst Sachsen werden mittlerweile geduldet. Das können alles sehr sympathische und kluge Menschen sein.

Die Krönung von allem wäre, wenn man sagen könnte, durch diese Migration habe ich einen Freund gewonnen: »Er heißt Hassan, er hat(te) eine Wohnung in Aleppo, hat eine Frau und drei Töchter, hat in Damaskus Elektrotechnik studiert und sein Traum ist ein eigener Elektronikhandel.« Hassan würde mir auf Englisch vom Leben in Syrien erzählen, denn mein Arabisch beschränkte sich nur auf »Allah!« und ich würde ihn einladen, zum Verein, zum Wandern oder zum Sport, damit er ein wenig unter die Leute käme.

Selbst wenn wieder Frieden in Syrien wäre, mit Gerechtigkeit und Zukunft, und Hassans Wohnung wieder von ihm und seiner Familie bewohnt, so verbände uns doch ein Band der Freundschaft und der Dankbarkeit. Und überall in Arabien verbreitete sich die Kunde: »Die Deutschen sind ein anständiges Volk!«

JÜRGEN GRAMZOW

Brief an den Ministerpräsidenten: *Fehlendes Lehrpersonal*

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben das Flüchtlingsthema zur Chefsache erklärt. Erst kürzlich sprachen Sie sich für mehr Mitgefühl und Verständnis für geflüchtete Menschen aus und setzten sich mit großem Engagement dafür ein, daß den Neuankömmlingen eine echte Perspektive gegeben werden muß und diese am besten durch Integration erfolgt. In diesem Sinne möchte ich mich heute an Sie wenden. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Eberswalde und selbstverständlich auch ich sind sehr daran interessiert, daß sich die zu uns kommenden Flüchtlinge in unserer Stadt wohlfühlen und integrieren. So wurde u. a. ein Flüchtlingsstab gebildet, eine Mitarbeiterin der Stadt kümmert sich um eine optimale Flüchtlingsintegration, verschiedene Kinderbetreuungsangebote in Form von Spielkreisen in den verschiedenen Flüchtlingsunterkünften ermöglichen ein Ankommen und Bleiben. Um dies zu vervollständigen, sind gute Bildungsangebote an unseren Schulen und Kindertagesstätten wichtig.

Die Stadt Eberswalde ist Schulträgerin von drei Grundschulen. Regelmäßig werden die aktuellen Zahlen für die Beschulung von Flüchtlingskindern erfragt, die sich mit Stand vom 16.02.2016 wie folgt darstellen:

11 Flüchtlingskinder an der Grundschule »Bruno H. Bürgel«, 11 Flüchtlingskinder an der Grundschule Finow, 51 Flüchtlingskinder an der Grundschule »Schwäzeseesee«. In diesem Zusammenhang wurde auch angefragt, ob zusätzliches Lehrpersonal zur Unterstützung der Flüchtlingskinder zur Verfügung stehe.

Mit großer Sorge habe ich zur Kenntnis genommen, daß für die Grundschule »Bruno H. Bürgel« derzeit nur eine Lehrkraft mit 20 Wochenstunden zur Verfügung steht. An der Grundschule »Schwäzeseesee« ist die Anzahl der Flüchtlingskinder wesentlich höher, aber es ist auch hier nur eine Lehrkraft mit 18 Wochenstunden beschäftigt und die Grundschule Finow hat keine zusätzliche Lehrkraft.

Die Reaktion des Landesamtes für Schule und Lehrerbildung Frankfurt/Oder, wonach zwar eine ausreichende Finanzierung von Lehrerwochenstunden vorhanden sei, aber sich die Schulen selbst um Lehrkräfte kümmern sollten, da wohl keine vorhanden seien, erfüllt mich mit Sorge, weil es das Schulpersonal von den eigentlichen Aufgaben (nämlich Bildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen) abhält. Ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie sich für deutlich mehr Lehrpersonal an den Schulen einsetzen könnten, damit die Lehrer ihren Bildungs- und Integrationsauftrag wahrnehmen können. Zwar sieht die Brandenburgische Eingliederungsverordnung mehr Lehrpersonal vor, aber leider wird selbst der Standard dieser Verordnung in Eberswalde nicht erreicht.

FRIEDHELM BOGINSKI, Bürgermeister

Sanierung der Ebertstraße

Eberswalde (bbp). In der Woche vor Ostern wurde in der Eberswalder Friedrich-Ebert-Straße auf einer Länge von 400 Metern die Fahrbahndecke erneuert. Die alte Deckschicht sei verschlissen gewesen, hieß es. Mehrere Leser der »Barnimer Bürgerpost« ließen ihrem Unverständnis freien Raum, weil man als Laie der Straße den Verschleiß keineswegs ansah. Die BBP-Redaktion fragte daher bei der Baudezernentin ANNE FELLNER nach, in deren Auftrag Tiefbauamtsleiterin HEIKE KÖHLER antwortete:

Handelte es sich um eine langfristig geplante Maßnahme?

Die Erneuerung der Asphaltdeckschicht (Verschleißschicht) war seit 2 Jahren geplant. Aufgrund eines laufenden Verfahrens zur Schadensregulierung eines Trinkwasserschadens in der Friedrich-Ebert-Straße, das erst Ende 2015 abgeschlossen wurde, mußten die Unterhaltungsmaßnahmen auf 2016 verschoben werden. Aufgrund des Trinkwasserschadens wurde auch in Höhe der HNE-Bibliothek die Asphalttragschicht mit ausgebaut und die vorhandene Schottertragschicht bezüglich der Tragfähigkeit überprüft. Die Tragfähigkeitswerte waren ausreichend und die beiden Asphaltsschichten wurden neu eingebaut.

An welcher Stelle im HH-Plan ist die Maßnahme eingeordnet?

Die Maßnahme ist im Rahmen der Straßenunterhaltung Produkt 54.10.01.04, Untersuchkonto 63000.5100 eingeordnet.

War für die Maßnahme ein Beschluß im Hauptausschuß notwendig?

Für die Vergabe ja. Die Vergabe mit der Nr H 67/16/16 wurde durch den Hauptausschuß wurde am 17.03.2016 beschlossen.

Haben die Arbeiten etwas mit den Mängeln zu tun, die damals nach dem grundhaften Ausbau schonmal Nacharbeiten notwendig machten?

Nein.

Wie lange wird (bzw. soll) die jetzt sanierte Straßendecke halten, bevor eine erneute Sanierung geplant werden muß?

Die Friedrich-Ebert-Straße im erneuerten Abschnitt wurde 2001 hergestellt. Die Fahrbahn besteht in den oberen zwei Schichten aus einer Asphalttragschicht und einer Asphaltdeckschicht. An die obere Asphaltverschleißschicht werden insbesondere Anforderungen an die Griffbarkeit, die Verschleißfähigkeit, die Verformungsbeständigkeit und der Abdichtung darunter liegender Schichten gegen Niederschläge gestellt. Das bedeutet, daß diese Verschleißschicht je nach Nutzung regelmäßig erneuert werden muß, da sie durch die Verkehrsnutzung und die Witterungseinflüsse verschleißt. Eine Erneuerung der Verschleißschicht nach 15 Jahren ist bei dieser hohen Beanspruchung normal. Generell hält eine Verschleißschicht in Abhängigkeit von der Verkehrsbelastung 10 bis 20 Jahre.

Steht die aktuelle Sanierung im Zusammenhang mit dem geplanten Projekt Ebert-Straße-Süd?

Nein.

Bei anderen nicht gelesen:

Offene Worte über Unrecht fehlten

Leserbrief zu »Altanschießerbeiträge«, in »Offene Worte«, Februar 2016

Die Zeitung der Barnimer Linken »Offene Worte« (OW) schreibt in ihrer Februarausgabe: »Das Bundesverfassungsgericht hat im Dezember geurteilt, daß das Brandenburger Kommunalabgabengesetz zwar nicht verfassungswidrig ist, jedoch seine Auslegung in Bezug auf die Erhebung der Altanschießerbeiträge.«

Allein dieser Satz enthält vier Fehler:

1. Das Bundesverfassungsgericht hat kein Urteil gesprochen sondern einen Beschluß gefaßt
2. Der Beschluß ist nicht vom Dezember sondern vom 12.11.2015, also aus dem November
3. Das BVerfGer hat sich zur Verfassungsmäßigkeit oder Verfassungswidrigkeit des brandenburgischen (nicht Brandenburger!) KAG gar nicht geäußert. Darüber findet sich nichts im Beschlußtext und nichts in der Begründung.
4. Die Entscheidung eines Aufgabenträgers für ein bestimmtes Finanzierungssystem (reine Gebührenfinanzierung oder Mischfinanzierung durch Beiträge und Gebühren) hat nichts zu tun mit einer »Auslegung« des KAG. Die Aufgabenträger sind in der Wahl ihres Finanzierungssystems frei! Statt dieses fehlerhaften Satzes ist folgende Feststellung richtig:

Das BVerfGer hat in einem Doppelbeschluß zwei Urteile des OVG Berlin-Brandenburg aufgehoben und an das OVG zurückverwiesen.

Zur Begründung hätte OW noch schreiben können, daß die Beschwerdeführerinnen durch das (Fehl-)Urteil in ihren Grundrechten verletzt wurden, daß eine hier vorliegende echte Rückwirkung gesetzlich nicht zulässig ist und der laut Grundgesetz garantierte Vertrauensschutz verletzt wurde. »Täter« sind die Landesregierung, das Landesverfassungsgericht und drei (!) Instanzen Verwaltungsgerichte bis zum Bundesverwaltungsgericht. Diese Information hat OW ihren Lesern leider vorenthalten.

In einem weiteren Satz schreibt OW: »Die Linke hatte damals als Oppositionspartei für eine Stichtagsregelung gekämpft, sich jedoch nicht

durchsetzen können«. Dieser Satz soll wohl suggerieren, daß eine Stichtagsregelung eine gerechte Lösung gewesen wäre. Das trifft jedoch nicht zu. Auch eine Stichtagsregelung bedeutete (unzulässige) echte Rückwirkung, Verletzung des Vertrauensschutzes und damit Verletzung von Grundrechten.

Aus heutiger Sicht entscheidend ist aber nicht das, worum sich Die Linke als Oppositionspartei bemüht hat sondern ihre derzeitige Haltung als Regierungspartei. Die ist – so zu lesen in einem nachfolgenden Satz – gekennzeichnet durch die Sorge um die »Rechtssicherheit für Wasser- und Abwasserverbände«, was sich unter anderem darin manifestiert, daß die Landtagsfraktion Anträge der BVB/Freie Wähler vom September und Dezember 2015, in denen es um Rechtssicherheit in Bezug auf die Achtung der Grundrechte für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger in diesem Land ging, unisono abgelehnt hat. Solche offenen Worte konnte man leider nicht lesen.

Schließlich zitiert OW am Schluß den LINKEN-Genossen Domres, MdL: »Das Land ist jedoch zumindest ideell in der Pflicht, Verbände zu unterstützen«. Offensichtlich ist die Redaktion der OW auch dieser Auffassung. Statt dessen hätten wir uns hier eine kritische Anmerkung zu dieser Äußerung gewünscht. Es ist wohl unstrittig – mal ganz offen gesprochen – daß hier Landesregierung und vier angeblich unabhängige Gerichtsinstanzen mehr als zehn Jahre lang unrecht gehandelt und Unrecht gesprochen haben und die nachgeordneten Einrichtungen veranlaßt, ermutigt und gar gezwungen haben, Unrecht zu vollziehen. Daraus ergibt sich zweifelsfrei eine materielle Verantwortlichkeit mit allen finanziellen und auch personellen Konsequenzen. Solche offenen Worte hätten den OW gut zu Gesicht gestanden.

JOHANNES MADEJA
und WOLFGANG WEIGT

Vor 50 Jahren:

An Heldentat erinnern

Anläßlich des 50. Jahrestages des Flugzeugunglücks von Hauptmann BORIS WLADISLAWOWITSCH KAPUSTIN und Oberleutnant JURI NIKOLAJEWITSCH JANOW laden wir am 6.4.2016 um 13 Uhr auf den Garnisonsfriedhof Eberswalde Heegermühler Straße, rech herzlich zur Kranzniederlegung ein.

Um ihre defekte Maschine nicht unkontrolliert über Westberlin abstürzen zu lassen, verzichteten die beiden sowjetischen Piloten auf die Betätigung ihrer Schleudersitze. Nähere Informationen über diese Heldentat gibt es im Anschluß um 14.30 Uhr in der Brunnenstraße 13 zu erfahren.

WALDEMAR HICKEL



Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft (BFG) e.V. Eberswalde hält guten Kontakt zur Witwe von Boris Kapustin. Am 10. Februar überbrachte Nonna Iwaschtschenko in Rostow am Don die Geburtstagswünsche der Freunde der BFG an Galina Kapustina zu ihrem 81. Geburtstag.

Heckenmassaker in Lichterfelde:

Konsequenzen sind nötig



FOTO: ANDREAS STEINER

Zunächst das Gute: Nach dem Fingerzeig der Unteren Naturschutzbehörde Barnim (UNB) räumt die Gemeinde Schorfheide endlich Fehler im Umgang mit der Lichterfelder Feldhecke ein, die nun nicht mehr existiert. In den E-Mails von Bauamtsleiterin Frau Brandt an mich war von einem Schuldeingeständnis noch keine Rede.

Auch den gemeinsam vereinbarten Beratungstermin (Landesbetrieb Straßenwesen, Gemeinde Schorfheide UNB Barnim) sehe ich als konstruktiv an, gesetzt den Fall, daß etwas Vernünftiges dabei rumkommt. Und dies wäre: Es muß an die Öffentlichkeit, welche Maßnahmen die Gemeinde bei der UNB beantragt und welche sie von der Kreisbehörde genehmigt bekommen hat. Weiterhin muß der Inhalt des Auftrages der Gemeinde an die ausführende Firma publik gemacht werden, mit dem Ziel: Wer ist schuld am Heckenmassaker, die Gemeinde oder die ausführende Firma? Hat sich die Firma eigenmächtig bereichert oder schlicht auftragsgemäß gehandelt?

Im Nachgang der Auswertung muß es Konsequenzen für die Verantwortlichen geben, die ich hiermit einfordere. Es kann nicht sein, daß derartige Fehler unsanktioniert bleiben: Jemand muß dafür geradestehen – und bezahlen! Wenn das beauftragte Unternehmen Energieholz Schorfheide aus Groß-Schönebeck über den bestehenden Auftrag, der Pappelfällungen, hinaus gehandelt haben sollte, darf die Gemeinde Schorfheide zukünftig keine derartigen Aufträge mehr an diese Firma vergeben. Die Firma hat dann gezeigt, daß sie offensichtlich

nicht in der Lage oder willens ist, mit Teilen der wertvollen Kulturlandschaft ordnungsgemäß umzugehen. Im Sinne der Gewinnmaximierung hat sie eine rücksichtslose Totalplünderung vorgenommen, um möglichst viel Energieholz zu ernten. Wenn die Firma Energieholz Schorfheide gesetzeswidrig gehandelt hat, sind die kommunalen Behörden sogar in der Pflicht, sie anzuzeigen. Sie hat dann für den verursachten Schaden finanziell aufzukommen. Als Gemeindevertreter werde ich den Fall »mit Argusaugen« begleiten.

Weiterhin reicht es nicht aus, die Kahlfläche sich selbst zu überlassen. Vielmehr fordere ich einen qualifizierten Heckenaufbau mit der Anpflanzung von unterschiedlichen Strauch- und Kleinbaumarten mit dem Ziel der Schaffung einer Artenvielfalt ein. Machen wir nun das Beste aus der Situation! An diesem Punkt möchte ich mich bezüglich der Pflanzenartenauswahl ehrenamtlich beratend einbringen, das ist mein Angebot! Eine solche Bepflanzung muß noch im Frühjahr diesen Jahres passieren, es darf keinen Zeitverzug geben. Mit dem Weglassen von Pappeln gehe ich konform. Gleichzeitig muß eine umfassende ökologische Schulung der mit Grünflächen- und Baumschutzarbeiten betrauten Mitarbeiter/innen der Behörden erfolgen.

Den Bürgermeister, Herrn Schoknecht, sehe ich in der Pflicht, die Dinge wieder geradzurücken. Als Chef der Gemeindeverwaltung hat er den Hut auf und ist für die Handlungen seiner Mitarbeiter/innen verantwortlich.

Dr. ANDREAS STEINER

Frevel ist Normalfall

Das skandalöse, naturschutzwidrige Verhalten der Gemeindeverwaltung Schorfheide hat mit dem »Heckenmassaker« in Lichterfelde nur einen weiteren Höhepunkt erfahren. Wo man auch hinsieht in der Gemeinde, das frevelhafte Tun ist der Normalfall. In diesem Zusammenhang nenne ich nur einige Beispiele:

- Fällung von 18 vitalen, hundertjährigen Ahornbäumen (Baum des Jahres!) im Bereich des sog. »ersten Bauabschnitts« der Walzwerkstraße, Finowfurt, im September 2015, also noch in der Vegetationszeit.
- Fällung von sieben vitalen, 80-jährigen Kopflinden im Bereich der Hausnummern 81 und 83 in der Walzwerkstraße im März 2016
- Kahlschlag einer Hecke hinter einem Wohnhaus »am Schloßgut« in Finowfurt Anfang März 2016.
- »Holzernte« an der Auffahrt zur BAB 11 in Finowfurt Richtung Berlin Mitte März 2016. Statt im Rahmen von Pflegemaßnahmen überreichlich vorhandenes Totholz zu entfernen, wurden offensichtlich vitale große alte Robinien gefällt und abtransportiert. Das Totholz ist liegengelassen und ein Schlachtfeld als »Visitenkarte« der Gemeinde.
- Am Oder-Havel-Kanal im Bereich der Gemarkungsgrenze zwischen Finowfurt und Eberswalde wurden in erheblichem Umfang Kiefern »geerntet«. Ob es sich um einen Kahlschlag handelt, der verboten ist (es müssen 40% des Bestandes erhalten bleiben), müßte wohl ein Gutachten ergeben. Jedenfalls wurde nicht sach- und fachgerecht vorgegangen. Der Wald, insbesondere der Waldboden, sieht aus wie nach einer Panzerschlacht. Die öffentlichen Wege sind so zerfahren, daß sie nur noch mit Kettenfahrzeugen passierbar sind.

Was muß eigentlich noch passieren, ehe gegen die Unverantwortlichen mit wirksamen Maßnahmen – finanziell und personell – vorgegangen wird?

Wer Reinwaschversuchen der Verwaltung in einer Tageszeitung unkritisch und einseitig Platz einräumt, macht sich nachträglich mitschuldig!

JOHANNES MADEJA

www.bar-blog.de

Tolles Bürgerengagement in Wandlitz!

In Zeiten, in denen im Land Brandenburg allerorts Alleen ausgelichtet und beseitigt, Bäume verstümmelt und Feldhecken entfernt werden, stellt die von Wandlitzer Bürgern geplante Pflanzaktion geradezu einen Leuchtturm in der ökologischen Landschaftsgestaltung und -verschönerung dar. Bezüglich der Herkunft des Pflanzgutes sollte darauf geachtet werden, daß gebietseinheimische Gehölze verwendet werden. Grundlage hierfür ist der gemeinsame Erlaß des Ministeriums für Infrastruktur und

Landwirtschaft und des Ministeriums für Umwelt Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg von 2013 für Pflanzungen in der freien Natur, der die Verwendung gebietsheimischer Gehölze vorschreibt.

Für die Verwendung gebietsheimischer Gehölze sprechen viele naturschutzfachliche Gründe. Zu nennen sind die Sicherung des regionalen Genpools sowie einer höheren Artenvielfalt und Biodiversität als auch eine bessere Anpassungsfähigkeit der Pflanzen gegenüber

regionaltypischen klimatischen Bedingungen. Gebietsheimische Gehölze zeigen eine geringere Frostgefährdung als auch Krankheits- und Schädlingsanfälligkeit und weisen somit bessere Anwachs- und Wachstumsergebnisse auf.

Hilfreiche und umfassende Informationen hierzu finden Sie auf der Seite des Vereins zur Förderung gebietsheimischer Gehölze im Land Brandenburg e.V. (<http://www.gebietsheimische-gehoeelze.de>).

Dr. ANDREAS STEINER

Frühling erwache!

*Laßt uns unser Heim verlassen,
der Frühling ist in allen Gassen.
Der Frühling zieht durch die Natur,
er zieht hinaus durch Wald und Flur.
Jubelnd klingt es in den Lüften,
selbst in tiefen Talesklüften.
Jeder Vogel singt es hell
Frühling singt das Bächlein Quell.
Frühling verändert die Natur,
erblühen läßt er Wald und Flur.
Auch die Wälder und die Wiesen.
Laßt den Frohsinn zu uns kommen
Und gemeinsam den Frühling genießen.*

Der Vorsitzende der Regionalgruppe Eberswalde der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft (BFG) e.V. eröffnete am 9. März die Veranstaltung, die unter dem Motto »Frühling erwache« gestellt war. Nach musikalischer Einleitung trug NORBERT GLASKE das Gedicht »Frühling erwache« vor, das MARIA BENDITZ extra für diese Veranstaltung geschrieben hatte. Er erntete für Maria den entsprechenden Applaus. Weitere Frühlingsgedichte wurden von I. CHMIELA und M. STRENGE vorgetragen.

Auch der Frauentag wurde entsprechend gewürdigt. Jede Frau erhielt eine Rose und alle ließen sich den Kaffee und den Kuchen gut schmecken. Der Vorsitzende informierte die Anwesenden anschließend über das Ergebnis der Revisionsprüfung für das Geschäftsjahr 2014/15. Ein weiteres Thema waren die bevorstehenden Veranstaltungen im April. Hier will die Regionalgruppe der BFG e.V. Eberswalde die selbstlose Tat der beiden sowjetischen Piloten mit einer Kranzniederlegung und einer ehrenvollen Veranstaltung würdigen.

WALDEMAR HICKEL

Sonnabend, 9.4. 10 Uhr, trifft sich die KPD im Palmencafé in Altenhof und lädt ein zu einem **Augenzeugenbericht über die Ost-Ukraine.**

Saisonöffnung

Galerie Alte Schmiede Ziethen

Die Galerie Alte Schmiede Ziethen öffnet für die Ausstellungssaison 2016. Erneut sind drei Ausstellungen regionaler Künstlerinnen und Künstler sowie der fünftägige Kunst- und Geschenkmärkte (zum Thema Licht) im Oktober geplant. Den Anfang macht die Angermünder Künstlergruppe »Mischpalette« die unter Anleitung von Susanne Hoppe aus Gerswalde malt, zeichnet und druckt. Ein breiter Bogen von Themen und Techniken erwartet die Besucher. Auch Susanne Hoppe wird Werke ausstellen. Die Vernissage fand am 2. April statt.

Im Juni schließt sich dann Bernd Pirschel aus Bernau mit Malerei und Grafik an.

Ich freue mich auf viele interessierte Besucherinnen und Besucher, streitbare Gespräche, Hinweise und Kritiken, Ausstellerangebote ...

JOACHIM BRÜCKNER

GALERIE ALTE SCHMIEDE ZIETHEN
Am Dorfteich 7, 16247 Ziethen OT Groß Ziethen
www.galerie-alte-schmiede-ziethen.de
www.stein-holz.eu

Waldorfinitiative begrüßt den Frühling

Im September 2016 möchte der Verein Waldorfpädagogik Barnim e.V. den ersten Waldorfkindergarten im gesamten Landkreis eröffnen. Nun lud die Elterninitiative Interessierte zum Frühlingsfest in die ehemalige Schule in der Biesenthaler Straße 14 ein.

In den Räumlichkeiten und dem weitläufigen Garten des zukünftigen Kindergartens fand ein buntes Programm statt. Gemeinsam wurde das Fest mit einem Begrüßungskreis für die Kinder von Waldorfpädagogin MANUELA JOST eröffnet. Es wurde gemeinsam gesungen, musiziert und Vorstandsmitglied ULRICE FUß zeigte sich sichtlich erfreut über die zahlreichen Gäste und das herrliche Wetter.

Anschließend konnte sich in lockerer Atmosphäre bei Kaffee und Kuchen über den Stand der Dinge, die Schwierigkeiten und Fortschritte des Eröffnungsprozesses ausgetauscht werden. An einem Infostand beantwortete die ehrenamtliche Geschäftsführerin RUTH-MARIA HILBRIG alle Fragen zur Finanzierung und Umsetzung des Vorhabens. An einem Basarstand konnten die selbst hergestellten Jahresdekorationen der Eltern käuflich erworben werden. Für die Kinder gab es eine liebevoll hergerichtete Spiele-Ecke mit typischem Waldorf-Spielmaterial. »Um dem ganzheitlichen und nachhaltigen Erziehungskonzept gerecht zu werden, gibt es im Waldorfkindergarten ausschließlich Spielsachen aus Naturmaterialien. Statt Plastikautos gibt es Holzautos, statt Plastikpuppen handgemachte Stoffpuppen usw. Diese Materialien regen die natürlichen Sinne der Kinder an und fördern die Phantasiekräfte« erklärt Vorstandsmitglied LUCIA-MARIA MASINI.

Die Waldorfpädagogik ist eine international anerkannte Pädagogik. Allein in Berlin gibt es über 35 Waldorfkindergärten. Plätze sind kaum mehr zu bekommen. Waldorf-Atmosphäre konnten die rund 80 großen und kleinen Gäste auf dem Frühlingsfest reichlich schnuppern. Im Verlauf des Nachmittags durften die Kinder sich beim Basteln vergnügen, beim Spielen im Sand, beim Reigen tanzen oder mit Riesenseifenblasen. Zum Zeichnen des Wachstums und reichen Fruchtragens wurden Sonnenblumensamen ausgesät und ein Birnenbaum gepflanzt. Ein kleines Waldorf-Puppenspiel rundete das Fest ab und leitete einen offenen Ausklang ein. Ulrice Fuß formulierte die Hoffnung, daß das nächste Fest nicht mehr in den Räumlichkeiten stattfinden sollte, wie sie jetzt sind. Der Verein möchte das ehemalige Schulgebäude in der Biesenthalerstraße 14 in Finow käuflich erwerben und umbauen. Eine Nutzungsänderung und Baugenehmigung, um die Architektenpläne für die untere Etage umzusetzen, gibt es bereits.



Foto: Lucia-Maria Masini

»Die schwierigste Herausforderung war die Geldbeschaffung für dieses ambitionierte Vorhaben. Der Verein, derzeit bestehend aus 40 Mitgliedern, wird für den Kauf, den Umbau und die Ausstattung mehrere Tausend Euro in die Hand nehmen. Wir sind sehr stolz darauf, so zahlreiche Unterstützer für unser Projekt gefunden zu haben.« berichtet Lucia-Maria Masini.

Eine große Stiftung sowie die GLS-Bank sind Partner des Projektes und haben ihre Hilfe zugesagt. Jedoch ohne Unterstützung der Stadt Eberswalde wird das Projekt allein auf die Schultern der Eltern übertragen nicht realisierbar. »Daher erhoffen wir uns auch finanzielle Mithilfe der Stadt. Wir schaffen schließlich fehlende Kitaplätze für Eberswalde und sorgen für pädagogische Vielfalt«, so Lucia-Maria Masini. »Der Bedarf ist riesig, die Eltern stehen bei uns Schlange.«

Das Engagement ist groß, alles steht nun in den Startlöchern. Erzieher freuen sich auf die neue Herausforderung und die angemeldeten Kinder können auch nicht länger warten. Nach zwei Jahren harter Arbeit darf der Eröffnungstermin nicht wieder verschoben werden. Eigentlich wollte die Initiative den Kindergarten bereits im Januar eröffnen haben.

»Die 'Trägheit' einiger wichtiger Entscheidungsträger der Öffentlichkeit, die leeren Kassen der Stadtverwaltung und nicht zuletzt die Anwendung und Auslegung z.B. des § 12 Zweites Gesetz zur Ausführung Achten Buch Sozialgesetzbuch (KitaG), (wann und unter welchen Bedingungen ein neuer Träger in den Bedarfsplan aufgenommen wird) tragen eher dazu bei, neue freie Träger nicht entstehen lassen zu wollen,« so die Worte von Ruth-Maria Hilbrig. »Dabei nehmen erwiesenermaßen freie Träger den Gemeinden hohe Investitionskosten ab. Es ist unbegreiflich« so Frau Hilbrig, »daß der Einsparstift heutzutage immer bei den Schwächsten in unserer Gesellschaft angesetzt wird, nämlich bei den Kindern.«

LUCIA-MARIA MASINI

Hausärztliche Versorgung in Eberswalde:

Kassenärztliche Vereinigung ist optimistisch

Eberswalde (bbp). Im Dezember 2015 hatte sich der Eberswalder Sozialdezernent BELLAY GATZLAFF zum Thema der ambulanten ärztlichen Versorgung in Eberswalde an den Vorstand der Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg (KVBB) gewandt. Der Sozialdezernent wußte allein von sechs Ärzten in Eberswalde, die demnächst in den Ruhestand gehen würden. Dazu gehörte auch die einzig verbliebene Hausärztin im Brandenburgischen Viertel Irene Jordan, die Ende Dezember 2015 in den Ruhestand wechselte und keinen Nachfolger zur Übernahme ihrer Praxis fand. In dem Ortsteil mit 6.500 Einwohnern gibt es seitdem keinen Hausarzt mehr.

Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der KVBB ANDREAS SCHWARK zeigte sich überrascht. Der KVBB seien nur Ankündigungen von drei Eberswalder Ärzten bekannt, die ihre Praxen bis 2018 aufgeben wollten. Allerdings sind sieben der 27 Hausärzten in Eberswalde 60 Jahre oder älter, gut ein Viertel aller Eberswalder Hausärzte. Dennoch versprüht Andreas Schwark Optimismus. Im Facharztbereich seien in der letzten Zeit immer alle Arztpraxen nachbesetzt worden, so daß eine stabile Versorgung gesichert werden konnte. Auch im hausärztlichen Bereich sei die Situation durch drei neue Ärzte in den Jahren 2014 und 2015 stabiler geworden.

Ausgeschlossen? – Unverständlich!

Gerd Markmann und Carsten Zinn nicht mehr Mitglied der Linken? Das kann man kaum glauben; das kann doch gar nicht sein, verkörpern sie doch seit vielen Jahren in unserer Region linkes Denken und Handeln wie kaum jemand. Sind sie doch durch ihr Wirken überzeugende und präzise Impulsgeber linker Ideale. Gerd Markmann mit der Barnimer Bürgerpost und als Sachkundiger Einwohner im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen der Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde und Carsten Zinn als Vorsitzender der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde.

Beide voller Stolz und Engagement in ihrem Auftreten immer konsequent »links« »sprechen sie die Sprache« vieler Bürger und vor allem der sozial Schwachen. Man darf nicht vergessen wie viele Wählerstimmen Carsten Zinn im Kommunalwahlkampf erreichen konnte.

Nie ging es ihnen um persönliche Wünsche oder Würdigung ihrer Verdienste, sondern um die Sache. Wer Carsten Zinn jemals »live« vor Ort oder in Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde erlebte, er ist ja (fast) immer präsent und ein nicht immer gerade bequemer Gesprächspartner, honoriert sein ehrliches gesellschaftliches Engagement durch lobende Worte. Wer die Barnimer Bürgerpost liest, dem wird das anspruchsvolle Niveau konstruktiv-kritischen Journalismus bewußt und

Die Versorgung in Eberswalde, so Schwark, liege aktuell bei 100,4 Prozent. »Damit kommen wir unserem gesetzlichen Auftrag nach und blicken auf eine etwas entspanntere Situation als noch vor einigen Jahren.« Durch Praxisaufgaben entstünden freilich immer »Turbulenzen, die Unruhe bei Ärzten und Patienten auslösen«. Den drei der KVBB bekannten Praxisaufgaben stehe »bereits jetzt« ein für 2017 angekündigter hausärztlicher Neuzugang gegenüber.

»Eine von uns angestrebte besondere Förderung zur Übernahme von Arztpraxen in Eberswalde«, so Schwark, »hat leider beim Landesausschuß Ärzte und Krankenkassen für das Land Brandenburg keine Mehrheit gefunden«. Er zeigt sich dennoch optimistisch, »das dauerhafte Anliegen der Gewinnung neuer Ärzte« zu schaffen, »wenn wir die Herausforderung gemeinsam angehen«. Dazu regte Schwark einen regelmäßigen Gedankenaustausch zwischen KVBB und Stadtverwaltung an. Hinsichtlich der kinderärztlichen Betreuung versicherte er, daß diese im Rahmen des allgemeinen Bereitschaftsdienstes wie auch in der Bereitschaftsdienstpraxis am Werner-Förßmann-Krankenhaus gewährleistet werde, auch wenn in Einzelfällen auch abweichende Meinungen geäußert wurden. Hinsichtlich der gesundheitlichen Versorgung der Asylbewerber hat der dafür verantwortliche Landkreis inzwischen einige Verbesserungen in Gang gesetzt.

der spürt, daß sich hier eine breite Schicht der Bevölkerung angesprochen und vertreten fühlt. Carsten Zinn, selbst langzeitarbeitslos und aktiv auch im gewerkschaftlichen Kampf und Gerd Markmann, der mit geschliffenem Wort und bester Rhetorik in »seiner« Zeitung immer solidarisch an der Seite der sozial Benachteiligten steht. Ich kenne beide schon sehr lange. Sie sind auch nach 1989 für linke Ziele und Ideale eingetreten, in einer Zeit, in der sich manch andere umorientierten.

Als man Carsten Zinn aus der Fraktion »Die Linke« in der Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde, der ich damals angehörte, ausschloß, als es ihm nicht gelang, mit seiner Meinung Gehör zu finden, habe ich als einzige gegen den Ausschluß gestimmt. Man hatte meiner Meinung nach damals halbherzig und vorschnell eine Entscheidung getroffen, die bis in die heutige Zeit nachwirkt.

Es war meines Erachtens eine unangemessene Reaktion und das falsche Signal. Mancher Bürger wird bei der Information über den Ausschluß »die Welt nicht mehr verstehen«. Wenn heute Die Linke zu einem pluralistischen Ansatz in der Meinungsbildung steht, verdienen die beiden nicht nur noch eine Chance, sondern höchste Anerkennung.

Dr. ILONA PISCHEL,
fraktionslose Stadtverordnete

Kein Rückzug

Es ist gut, zu hören, daß die Barnimer Linken jetzt endlich zur politischen Arbeit zurückkehren können (»Die Linke wirft Carsten Zinn und zwei Unterstützer aus der Partei« in MOZ, 2.3.16). Nun wissen wir, warum die Partei in den letzten zwei Jahren politisch so blaß blieb. Sie war die ganze Zeit mit dem Rauswurf der drei Parteimitglieder Carsten Zinn, Mirko Wolfgramm und Gerd Markmann aus dem Brandenburgischen Viertel beschäftigt.

Mit dem Rauswurf der drei wurde zugleich die Basisorganisation »Georgi Dimitroff« im Brandenburgischen Viertel liquidiert. Allerdings nur als Gliederung der Partei Die Linke. Als politische Organisation lebt sie fort in der Wählergruppe »Alternative Liste Eberswalde« (ALE), die sich bildete, weil der Versuch, zur Kommunalwahl 2014 auf der Liste der Linken zu kandidieren, damals schon im Ansatz und mit alles andere als fairen Methoden unterbunden wurde.

Im Unterschied zur Linkspartei im Barnim und in Eberswalde haben wir uns nicht aus der Politik zurückgezogen und werden das auch künftig nicht tun.

Eines unserer aktuellen Themen ist die ärztliche Versorgung im Brandenburgischen Viertel, wo es seit Anfang des Jahres für die 6.500 Einwohner keinen Allgemeinarzt mehr gibt. Wir wollen, daß die Menschen im Viertel wieder einen Hausarzt vor Ort haben. Damit im Zusammenhang werden wir uns wieder verstärkt dafür einsetzen, im Brandenburgischen Viertel und auch in den anderen städtischen Ortsteilen Ortsteilvertretungen gemäß der Kommunalverfassung zu etablieren. Die aktuelle Diskussion zur Zukunft des Familiengartens wollen wir nutzen, um unsere Idee eines »Industrie-Museums Finowtal« als Möglichkeit zur Erhaltung des Industrie-historischen Erbes unserer Stadt einzubringen (vgl. BBP 3/2016). Auch bei einem weiteren wichtigen Thema, der Integration von Asylbewerbern und Immigranten, können wir auf unsere Positionen zurückgreifen, die wir schon zur Kommunalwahl 2014 formuliert haben. Natürlich gehören noch viele weitere Themen zum kommunalpolitischen Tagesgeschäft, für das insbesondere unser Stadtverordneter Carsten Zinn die Verantwortung trägt.

GERD MARKMANN, ehem. Vorsitzender der Basisgruppe »Georgi Dimitroff« und Sprecher der Wählergruppe »Alternative Liste Eberswalde«

Landesschiedskommission

Potsdam (dl-bb). Am 29. März traf sich in Potsdam die neue Landesschiedskommission der Partei Die Linke zur konstituierenden Sitzung. Vorsitzende wurde MARGITTA MÄCHTIG, ihr Stellvertreter ANDREAS BÜTTNER, beide mit einstimmigem Votum. Margitta Mächtig schlug vor, nach einem Jahr erneut die Wahl der/des LSK-Vorsitzenden auf die Tagesordnung zu setzen.

In einer historisch gewachsenen traditionellen Industrieregion – um die es hier geht – pulsiert das Arbeitsleben. eingebettet im gesellschaftlichen Alltag. Zahlreiche Bewohner, ob Männlein oder Weiblein, gehen einer geregelten Arbeit nach in Industriebetrieben, im Handel, im öffentlichen Dienst, nicht zuletzt in Schulen und im Gesundheitswesen. Sie sind unterwegs, per pedes, per Fahrrad, mit Obus oder Bahn. In ihrer Freizeit erfreuen und erholen sie sich in den Schrebergärten, Datschenkolonien und der einladenden Natur im Umland. Darüber hinaus fröhen Tausende »Petrizjünger« der beliebten Angelei in der gewässerreichen Gegend. Ausnahmslos genießen die Menschen die in dieser Zeit von Partei- und Staatsführung erlassenen sozialpolitischen Maßnahmen, profitieren vom kulturellen Angebot und dem bewährten Gesundheitswesen, nicht zu vergessen das lobenswerte Bildungssystem und darin besonders die Erwachsenenqualifizierung. Es läßt sich also gut leben hierzulande. Für wachsende Ansprüche hatte man die ersten Delikatläden eingerichtet. Läden, wo leckere Importartikel für unsere Mark gekauft werden konnten und die neu etablierten »Modesalon Chic« erfreuten sich trotz gepfeffelter Preise wachsender Beliebtheit.

Die damalige Volkskammer hatte beschlossen, Familiengründungen durch zinslose, zweckgebundene Kredite zu fördern und für jedes Neugeborene gibt es 1000 Mark Beihilfe. Dabei blieben die Wohnungsmieten stabil auf niedrigem Niveau. Die spürbaren Fortschritte im Lebensniveau waren nur möglich auf der Grundlage einer sich dynamisch entwickelnden Volkswirtschaft. Beschlossene Sache war vorab die Durchsetzung der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«.

Werfen wir jetzt einen Blick in die örtlichen Verhältnisse von damals. Der VEB Kranbau, ein renommierter Förderanlagenbauer mit nach Tausenden zählenden Beschäftigten, war inzwischen zum Exportförderbetrieb avanciert. In bedeutenden Häfen auf allen Weltkontinenten drehen sich Kräne aus Eberswalde. Aus Finnland kamen Stahlerzeugnisse von Warmband bis hin zu warmgewalzten Profilen, wie Sechskant für die Schraubenindustrie sowie Seitenring- und Sprengringprofile für die Fahrzeugindustrie, später Rohre und Stahlleichtprofile. Längst war vom VEB Walzwerk die 100.000ste Tonne Warmband feierlich in die Sowjetunion (SU) verabschiedet worden. Der Rohrleitungsbau lieferte Kraftwerkszubehör. Von der Papierfabrik wurde Kollektorpapier produziert und das sogar von reichen Orientalen begehrte Schreibpapier nach Büttenart gefertigt. Auch die Erzeugnisse der Chemischen Fabrik waren stark gefragt.

Große Aufmerksamkeit widmete man der agrar-industriellen Entwicklung, Dementsprechend war ein gigantisches Kraftfuttermischwerk aus dem Boden gestampft worden, als Voraussetzung für die industrielle Mast in einer Großanlage (KIM) mit ca. 200.000

Damals war's – Teil 1:

Der ermordete ABV

frei nach einer wahren Begebenheit von DIETER KEMPFERT

Man schreibt das Jahr 1976. Während damals das Zeitgeschehen wie eh und je seinen Lauf nahm, nahezu dahintröpfelte, im Großen und Ganzen unauffällig gefärbt war, brachten doch manchmal bestimmte Umstände und Ereignisse mehr Farbe ins Bild.

Schweinen. In Vorausschau befand sich bereits ein entsprechendes Verarbeitungskombinat (SVKE). Eine insgesamt beispiellose Linie, um die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch- und Fleischwaren weiter zu verbessern. So war das damals, vor ca. vier Jahrzehnten!

Dennoch war, rundheraus gesagt, ein gewisser Unmut nicht zu übersehen. Nicht wenige Leute kämpften im wahrsten Sinne des Wortes unentwegt und verbissen um den Erwerb eines vierrädrigen Fahrzeuges, sprich Auto. Die offiziellen Wartezeiten bei der IFA waren alles andere als kundenfreundlich. Deshalb besaßen alle erwachsenen Familienangehörigen PKW-Vormerkungen. Und wie konnte es anders sein, grassierten munter »unter der Hand Geschäfte« mit horrenden Preisen. Wahrlich kein Ruhmesblatt für die auf Ansehen bedachte sozialistische DDR. Hinzu kam die belastende Wohnraumfrage. Auch daran ist zu erinnern. Im Straßenverkehr konnte man unschwer erkennen, wer möglicherweise Westverwandtschaft hatte. Da bewegten sich attraktive Modelle von FIAT bis Peugeot und andere mehr, geschenkt von Onkel oder Tante von der anderen Seite über Genex.

In besagte Lebensverhältnisse hinein platzte eine Nachricht wie eine Bombe. Die Nachricht von einer schrecklichen Bluttat, verübt durch einen Deserteur der Sowjetarmee. Viele Menschen pflegten ausgeprägte freundschaftliche Beziehungen zu den hier stationierten sowjetischen Militäreinheiten. Zahlreiche Betriebe, Einrichtungen und Schulen hatten feste Patenschaftsbeziehungen. Man traf sich zu Kultur- und Sportveranstaltungen und »Festen der Freundschaft«. Durch das tragische Vorkommnis wurden diese freundschaftlichen Beziehungen nachhaltig belastet. Was war geschehen?

Ein Deserteur – ein Bandit, wie ihn seine Kommandeure bezeichneten – hatte auf der Flucht einen Volkspolizisten, der ihn stellen wollte, erschossen. Diejenigen aus der Bevölkerung, die es als erste erfuhren, waren fassungslos und bestürzt. Wie konnte das passieren? Die offizielle Information über den Vorfall kam reichlich spät. »Klatschblätter« gab es damals noch keine, sodaß alle Spekulationen dem Volksmund überlassen blieben. Und die Gerüchteküche brodelte ungebremst!

Schauen wir jetzt mal, was sich damals in einem kleinen Dorf nahe der Kreisstadt ereignet haben könnte. Hier wird der Versuch unternommen, die Umstände einer grausamen Bluttat frei nach wahrer Begebenheit wiederzugeben. Einiges zur Vorgeschichte: Am Rande besagten Dorfes wohnte – j.w.d., wie man so

landläufig sagt – in einem schmucken Häuschen Familie Bummeloh. Frieda Bummeloh, eine lebenslustige quirlige Endvierzigerin, hier geboren, aufgewachsen, einen Beruf gelernt, später in den Hafen der Ehe geschippert und Kinder großgezogen. Hier war sie verwurzelt. Ihr Angetrauter, Angehöriger der Volkspolizei, fungierte als Abschnittsbevollmächtigter (ABV) mehrerer kleiner umliegender Ortschaften. Die meisten Einwohner arbeiteten im Volkseigenen Gut bzw. in der LPG Tierproduktion im Nachbardorf. In der eigenen Gemeinde gab es eine LPG Pflanzenproduktion. So konnte wunderbar kooperiert und gewirtschaftet werden. Die einen zogen das Vieh auf und die anderen produzierten das Futter dazu. Sinnvoll, nicht wahr? Zudem waren einige in der gut gehenden Schlosserei mit Hufschmiede beschäftigt und der Rest der arbeitsfähigen Dorfbewohner pendelte in die nahe Kreisstadt.

Frieda Bummeloh arbeitete seit vielen Jahren umsichtig, erfolgreich und unbescholten als Sachbearbeiterin für Finanzen in der Gemeindeverwaltung. Ihr Ansehen reichte weit über die Dorfgrenzen hinaus. Das Heimatdorf lag an einer Fernverkehrsstraße in Richtung Oder, mit einem typischen unverwechselbaren Gepräge. Konsumladen, Fleischer und Bäcker kümmerten sich rühmlich und einträglich um das leibliche Wohl der Bewohner. Im übrigen hatten die meisten Guts- und LPG Angehörigen noch eine kleine private Hauswirtschaft mit Viehzeug und ein bißchen Acker drumherum. Also, wenn man so will, so eine Art Selbstversorgung. Ansonsten, wenn man etwas Außergewöhnliches brauchte, war es in die Kreisstadt ja nur ein Katzensprung.

Eine zünftige, zentral im Dorf gelegene Bauernschänke, konnte im wahrsten Sinne des Wortes als Mittelpunkt des gemütlichen Dorflebens bezeichnet werden. Mit zünftigem Ausschank, Stammtisch, Billard, Tanz- und Kinosaal. Mit diesen reichlichen Möglichkeiten wurden dörfliche Ansprüche glänzend erfüllt. Eben dorthin zog es allabendlich Bauern und Handwerker zum Ausspannen von der Tagesarbeit. Die Frauen der Betroffenen und ihre Sprößlinge besorgten inzwischen die private Hauswirtschaft. Manchmal kamen die Frauen in die Schänke nach – zum »Klönen« versteht sich ... , nicht etwa zum Saufen, wobei ein kleines Helles auch nicht verschmäht wurde. So war das! Doch gab es noch eine Besonderheit: In der weiteren Umgebung des Dorfes existierte eine große Garnison der in der damaligen DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte.

(Fortsetzung folgt)

England hat es anders gemacht

Im Zusammenhang mit der in Aussicht stehenden Übernahme des Finowkanals oder Teilen davon in kommunale Trägerschaft wird in den regionalen Medien regelmäßig die Privatisierung der britischen Wasserwege als nachahmenswertes Beispiel genannt. »England hat es vorgemacht« meinte beispielsweise am 27. Februar die Märkische Oderzeitung. Dazu schrieb unser Leser REIMER LOOSE:

Ich glaube es müßte richtiger heißen – England hat es anders gemacht. Dort hat der britische Staat die staatliche Behörde British Waterways, einschließlich der von ihr verwalteten, historischen Binnenwasserstraßen, Nebenanlagen, Gebäude, Wasserreservoirs usw. privatisiert und den Canal & River Trust als eine gemeinnützige Organisation gebildet. Mit der Neubildung dieser Betriebsform wurden die 2000 Mitarbeiter des ehemaligen staatlichen Betriebes einschließlich Maschinenpark mit übergeben. Dem britischen Staat war aber klar, daß dieser »Neubetrieb« erheblicher Zuschüsse bedarf. Daher wurde erst einmal festgelegt und vereinbart, daß der britische Staat in den ersten 15 Jahren diesen »Betrieb« noch erhebliche Zuschüsse zahlen wird und muß.

Da sich in den vergangenen 50 Jahren an diesen Kanälen und Wasserstraßen schon viele Bürger und Unternehmer ehrenamtlich engagiert hatten, stehen diese ehrenamtlichen Kräfte nun auch noch zur Verfügung. Hier ist etwas historisch gewachsen. Dies ist ein etwas anderes Geschäftsmodell als hier mit dem Fi-

nowkanal vorgesehen ist. Die Bundesrepublik Deutschland möchte sich von Ihrer Verantwortung freikaufen, indem sie diesen Kanal den Kommunen anbietet und noch zirka 75 Millionen Euro dazu gibt.

Dieses Geld wird bei weitem nicht reichen und die erforderlichen Fachkräfte sollen auch nicht übergeben werden. Auch eine Teilkommunalisierung der Schleusen löst die Probleme nicht, denn auch in diesem Fall werden die laufenden Kosten nicht durch die Einnahmen gedeckt. Damit stehen unsere Kommunen immer wieder in der Pflicht.

Wer aber die Haushalte der Kommunen einmal näher betrachtet, stellt ganz schnell fest, daß unsere Kommunen schon heute viele Pflichtaufgaben nur noch bedingt finanzieren können. Wir sollten also gemeinsam darum kämpfen, daß das Bundesministerium seiner moralischen und verdammt Pflicht nachkommt. Die KAG und die Unternehmerverbände sollten eine Unterschriftenaktion organisieren, mit der der Bund aufgefordert wird, endlich seine Verantwortung wahrzunehmen.

Benefiz für den Flüchtlingsfonds sammelt 780 Euro

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe TOHUWABOHU der Stadt Eberswalde fand am 22. März ein Benefizkonzert für den Flüchtlingsfonds der Bürgerstiftung Barnim Uckermark statt. Es spielte atemberaubend das Aletchko-Quartett zum Tanz auf und 780 Euro kamen für den Flüchtlingsfonds Barnim Uckermark zusammen. Einfaches Fazit: Der Saal war voll, die Leute haben ausgelassen getanzt, und viele haben gern Geld für den Fonds da gelassen. Die Spenden werden u.a. dazu dienen, die vielen Kinder, die aktuell in der Erstaufnahme in der Eisenbahnstraße leben, zu unterstützen.

Es geht um erste Zugänge zu Bildung, die von Ehrenamtlichen organisiert und durchgeführt werden. Das aktuelle Zirkusprojekt ist ein gutes Beispiel dafür. Am Freiwillingentag am 30. April werden wir genau daran angeknüpft.

TOHUWABOHU ist eine Gemeinschaftsproduktion des Kulturamtes und insbesondere der städtischen Bibliothek, dem Amt für Bildung, Jugend und Sport mit dem Koordinator für das Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Martin Krause, und der Koordinierungsstelle für Toleranz Eberswalde.

KAI JAHNS

Nachtrags-HH abgelehnt

Unsere Fraktion hat sich am 16. Dezember im Beisein des zuständigen städtischen Amtleiters Dr. König und nochmals am 25. Januar ausführlich und vertiefend zu einer beabsichtigten und angestrebten Kommunalisierung der Betreuung des Finowkanals durch die Anrainerkommunen der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft befaßt. Wir haben uns weiterhin intensiv mit den Informationsmaterialien aus der Sitzung des Hauptausschusses im November und der nichtöffentlichen Beratung der Fraktionsvorsitzenden am 1. Februar beschäftigt.

Ein Zahlenmaterial zur zwischenzeitlich favorisierten Variante 3, die Übernahme ausschließlich des Schleusenbetriebs, haben wir bisher nicht erhalten. Mittlerweile scheint es klar zu sein, daß dies auch nicht beabsichtigt war.

Die Beschlusvorlage für einen Nachtragshaushalt in Höhe von 100.000 Euro für externe Beratungsleistungen werden wir, wie bereits im Wirtschafts- und Finanzausschuß sowie im Hauptausschuß geschehen, auch heute ablehnen. Wir sind der Ansicht, wenn schon eine Machbarkeitsstudie notwendig ist, dann bitte nicht in solchen finanziellen Dimensionen. Auch mit dem Hintergrund, daß vorhandenes Beratungs- und Informationspotential in der unmittelbaren Region nicht genutzt wird.

Die 100.000 Euro kann man sinnvoller, bürgerfreundlicher, ziel- und ergebnisorientierter nutzen. Zum Beispiel für die personelle Erweiterung der städtischen Schulsozialarbeit oder eine perspektivisch beitragsfreie städtische Kita-Finanzierung. Unabhängig davon halten wir die Varianten 1 und 2 für ein großes volks- und betriebswirtschaftliches Risiko und zum Großteil für regionalen und kommunalen Größenwahn.

CARSTEN ZINN, Rede auf der Stadtverordnetenversammlung am 22. März

Bemerkung: Im namentliche Abstimmungsverfahren haben die 3 Stadtverordneten der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde Otto Baaz, Dr. Günther Spangenberg und Carsten Zinn gegen den Beschlusvorschlag gestimmt. Mit Lutz Landmann, Viktor Jede (beide DIE SPD), Cornelia-Caroline Rätz (DIE LINKE), Karl-Diedrich Laffin (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Ilona Pischel (fraktionslos) haben sich 5 Stadtverordnete der Stimme enthalten.

An der Sitzung haben aus unterschiedlichen Gründen nicht teilgenommen: Daniel Kurth (DIE SPD), Dietmar Ortel (CDU), Martin Hoeck und Dr. Sabine Klavehn (beide FDP).

Die anderen 24 Stadtverordneten sowie der Bürgermeister stimmten der 1. Nachtragshaushaltssatzung zu.

1. Mai in Eberswalde

Voraussichtlich startet um 9.30 Uhr eine Demo ab dem Bahnwerk (ehem. RAW) mit dem Ziel Marktplatz. Auf dem Markt werden wieder zahlreiche Info-Stände zu finden sein, beim Rotfuchs-Stand gibt es auch diesmal wieder leckeren Pfannkuchen vom Bäcker Karl.

Rotfuchs-Lesergruppe Eberswalde

Anzeige



Nachruf

Otto Rubin
geb: 10.08.1928
gest: 21.03.2016

In tiefer Trauer nimmt die Regionalgruppe der BFG e.V. Eberswalde Abschied von einem überzeugten Freund unserer Organisation, der sein ganzes Leben für die Freundschaft zur Sowjetunion eingesetzt hat. Nach der Wende hat er mitgeholfen die Freundschaftsorganisation aufzubauen und mit Leben zu erfüllen. Freund Otto Rubin hat sich voller Leidenschaft für den Erhalt des Freundschaftsgedanken eingesetzt.

Die Regionalgruppe der BFG e.V. Eberswalde verliert in ihm einem überzeugten Freund der ehemaligen Sowjetunion, einen unermüdeten Streiter für eine Welt des Friedens und einen aufrichtigen Menschen. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
W. Hickel Vorsitzender

Rotfuchs-Lesertreff

Eberswalde (bbp). Wie die regionale Lesergruppe der Zeitschrift »Rotfuchs« mitteilt, beginnen künftig ihre monatlichen Treffen im Raum 2.25 des Bürgerbildungszentrums (BBZ) »Amadeu Antonio« in der Puschkinstraße 13 jeweils am ersten Montag im Monat eine Stunde später als bisher. Den Rotfuchsen steht der Raum künftig von 17 bis 19 Uhr zur Verfügung.

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
internet: www.barnimer-buergerpost.de
redaktion: Gerd Markmann
druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088
redaktions-schluss: 30. März 2016

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluss der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 23. April 2016.

Öffentliche Rentensprechstunde

Rentenempfänger erhalten an jedem zweiten Mittwoch im Monat Hilfe von der Brandenburgischen Renteninitiative beim Lesen ihrer Rentenbescheide und dem Formulieren von Widersprüchen. Die nächste Sprechstunde ist am 13. April, 10-12 Uhr, bei der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

Skat- und Rommé-Turnier

Am 16. April veranstaltet der SPD Ortsverein Finow seinen 7. Preisskat- und Romméabend. Die Veranstaltung ist wie alle SPD Veranstaltungen, öffentlich. Alle Teilnehmer erhalten einen Preis.

Ort: Arbeiterwohlfahrt im Brandenburgischen Viertel, Pflegeheim »Im Wolfswinkel« (Parkplatz und Eingang in der Frankfurter Allee). Einlaß ist ab 14.30 Uhr, Spielbeginn ist um 15 Uhr, Ende gegen 22 Uhr. Die Startgebühr beträgt 10 Euro pro Person. Anmeldungen und Nachfragen an Ringo Wrase, Eberswalder Straße 70, 16227 Eberswalde oder in der Regionalgeschäftsstelle der SPD Nordost am Karl-Marx-Platz 4. Die Versorgung mit Essen und Trinken zu kleinen Preisen übernimmt auch diesmal die AWO. Weitere Infos findet man auf unserer Ortsvereinshomepage unter www.spd-finow.de.

RINGO WRASE, Vorsitzender SPD Finow

Ehrenamtliche Bibliothek im »Bahnhofstreff«:
 »Bahnhofstreff« Finow: Tel. 03334-383586

Kanaltheater

Verschleppt jung ohne ich – wywiezli sama nic ja

Performative Begehung des ehemaligen KZ-Außenlagers mit Jugendlichen aus Polen und Deutschland

Premiere: Sonnabend, 9. April, 16 Uhr
Vorstellungen: 10., 16. und 17. April, 17 Uhr
 EXIL, Am Bahnhof Eisespalterei, Ebereswalde

Mitgliederversammlung

Eberswalde (bbp). Die Jahresmitgliederversammlung des Barnimer Bürgerpost e.V. findet in diesem Jahr am 10. Mai statt. Darauf verständigte sich der Vereinsvorstand auf seiner jüngsten Sitzung am 17. März. Neben der Vorbereitung der Mitgliederversammlung 2016 standen der Jahresabschluss für das Jahr 2015 sowie der Stand der Arbeits- und Finanzpläne für 2016, die der Verein bereits im Vorjahr verabschiedet hatte, auf der Tagesordnung. Außerdem hatte der Vorstand über zwei Aufnahmeanträge in den Verein zu befinden. Die beiden Neumitglieder wollen sich nicht nur mit inhaltlichen Beiträgen einbringen, sondern mit ihren spezifischen Kenntnissen auch zur Aktivierung des schon lange geplanten Internetauftritts des Vereins beitragen. Pierre Sens erhielt vom Vorstand den Auftrag, sich künftig als Online-Redakteur darum zu kümmern (www.barnimer-buergerpost.de). Insbesondere soll nun das Online-Archiv der BBP auf der Vereinsseite zusammengefaßt werden.

Ein weiteres Thema war die Zusammenarbeit mit den Initiatoren der 1. Eberswalder Weltfriedenskonferenz, zu der am 1. Februar rund 100 Menschen in die Gaststätte »Am Stadtsee« kamen. Dieser Initiative war in der »Barnimer Bürgerpost« unvoreingenommen breiter Raum für ihre Veröffentlichung gewährt worden, trotz der Bedenken mehrerer Vorstandsmitglieder wegen deren anonymen Auftretens. Inzwischen ist diese Geheimniskrämeri den Initiatoren selber auf die Füße gefallen. Entgegen ihrem Bekunden, sie hätten sich vor dem Herbst 2015 nicht politisch betätigt und lehnten jede parteipolitische Bindung ab, kam inzwischen heraus, daß sich mindestens zwei der vier Initiatoren schon länger in Parteien engagieren. Einer in einer nationalkonservativen Splitterpartei namens Deutsche Nationalversammlung (DNV), ein anderer bei der Piratenpartei. Trotz dieses Vertrauensbruchs wird die BBP auch weiterhin im Rahmen ihrer Publizistischen Grundsätze für Veröffentlichungen der Friedensinitiative zur Verfügung stehen, sofern diese Beiträge namentlich gekennzeichnet sind.

Die Mitgliederversammlung des Barnimer Bürgerpost e.V. am 10. Mai 2016 findet im Bürohaus Ulrichspeicher (Friedrich-Ebert-Str. 12) statt und beginnt um 16 Uhr.

www.barnimer-buergerpost.de

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)